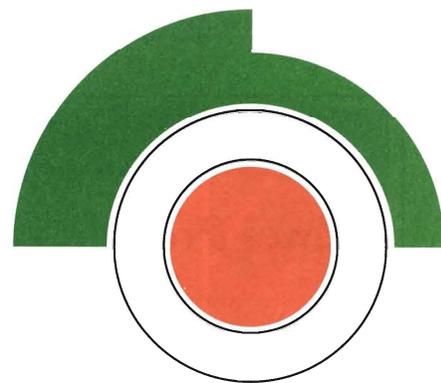


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 14



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 12.9.2000

WORT UND WIDERWORT

Soll für Hochbegabte und Elite-Schüler ein Schnell-Abitur angeboten werden?

Für so genannte Hochbegabte, die maximal zwei Prozent eines Altersjahrgangs umfassen, müssten neben ergänzender schulischer Förderung spezielle Lehrangebote außerhalb der Schule gemacht werden. Hier sei auch eine frühzeitige Kooperation mit Hochschuleinrichtungen möglich. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Manfred Degen**. Der CDU-Abgeordnete **Bernhard Recker** betont, man brauche endlich inhaltlich und organisatorisch definierte Fördermaßnahmen für Hochbegabte. Dazu müsse sowohl bei der Aus- und Weiterbildung von Erziehern und Lehrern angesetzt als auch die Ausstattung der Schulen diesem Bedarf angepasst werden. Die FDP-Abgeordnete **Ingrid Pieper-von Heiden** bekräftigt, es sei höchste Zeit, eine gezielte Förderung Hochbegabter in Angriff zu nehmen. Sie müsse zunächst flächendeckend integrativ an Grundschulen und in Form von speziellen Hochbegabten-Förderzweigen an Gymnasien in der Sekundarstufe II erfolgen. Die GRÜNE-Abgeordnete **Sylvia Löhrmann** stellt fest, auch hoch begabte Kinder seien Kinder mit Gefühlen und dem Bedürfnis, von Gleichaltrigen akzeptiert zu werden. Sie dürften nicht aus der Normalität ausgegrenzt werden. Deshalb spreche man sich für bestmögliche Differenzierung aus. (Seite 2)

Liberaler schlagen Gesetz zur Zuwanderung vor

„Humanität darf nicht zu kurz kommen“

Die FDP-Landtagsfraktion möchte die Unterstützung der Landesregierung für einen Gesetzentwurf der FDP-Bundestagsfraktion, in dem durch die Einführung eines Quoten- und Integrationsverfahrens eine Neuregelung der Zuwanderung erreicht werden soll. Diesen Antrag (Drs. 13/106) hat das Plenum zur abschließenden Beratung einstimmig an den Innenausschuss überwiesen.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) betonte, ihre Partei rütele nicht am Asylrecht, es solle denen vorbehalten bleiben, denen es zusteht. „Wir wollen, dass die Zuwanderung nach Deutschland durch ein Gesetz geregelt wird, das den Umfang, die Voraussetzungen, die Art und Weise des Verfahrens des Zuzuges und die Integration der zugewanderten Ausländer festsetzt.“

Angesichts noch vieler offener Fragen riet Bernhard von Grünberg (SPD) zum Abwarten, bis die beim Bund gerade installierte Kommission für Zuwanderung ihre Arbeitsergebnisse vorlegt. Er halte nichts von einem „völlig bürokratischen Verfahren“, sondern erwarte Praktischeres von den Liberalen.

Es reiche nicht aus, wenn das Ganze sich „weitgehend oder gar ausschließlich an der ökonomischen Bedarfslage orientiert“ und die humanitären Aspekte zu kurz kommen. Entscheidend sei die Frage der Integra-

tion, erklärte Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU). Monika Düker (GRÜNE) sah als Voraussetzung für eine Regelung in der Sache einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Dafür müsse man noch einiges tun. Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) warnte vor einem deutschen Alleingang in Europa. Keinesfalls könne der FDP-Entwurf einfach so „durchgewunken“ werden.

Die Woche im Landtag

Aussprache

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wurde von der Opposition kritisiert, erhielt aber auch Zustimmung. (Seite 3)

Übereinstimmung

Der Landtag hat geschlossen dem gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen zu Toleranz und gegen Gewalt zugestimmt. (Seite 7)

Auslandsprogramm

Der Bund möchte das Auslandsprogramm der Deutschen Welle attraktiver gestalten und die Länder mit ins Boot nehmen. (Seite 9)

Hundeverordnung

Mit der Vorlage von Durchführungsbestimmungen will die Landesregierung in der Hundeverordnung Klarheit schaffen. (Seite 9)

Hochschulpolitik

Die von der CDU angesprochene Stiftungshochschule ist auf Vorbehalte gestoßen: Stifter könnten auf Dauer die Finanzierung nicht sicherstellen. (Seite 10)

Abfallgesetz

Über den FDP-Antrag zur Änderung des Landesabfallgesetzes debattierte der Landtag vor Überweisung an den Umweltausschuss. (Seite 11)



„Oh, oh! Das sollten wir aber aufmerksam beobachten ...!“

Zeichnung: Nik Ebert (Rheinische Post)

WORT UND WIDERWORT

Zwei Prozent Hochbegabte müssen mehr gefördert werden

Von
Manfred Degen

In der Koalitionsvereinbarung ist zwischen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinbart worden, dass in allen Regionen des Landes leistungsstarken Schülerinnen und Schülern ermöglicht wird, bereits nach 12 Jahren das Abitur zu machen. Dabei geht es darum, die bereits seit langem in Nordrhein-Westfalen vorhandenen Möglichkeiten des Überspringens einer Klasse durch die so genannte Vorversetzung attraktiver zu machen. Hier sollen die Schulen ansetzen und durch organisatorische Hilfestellungen innerhalb der Schule mehreren leistungsstarken Schülerinnen und Schülern oder Schülergruppen den schnelleren Weg zum Abitur erleichtern. Damit ist weder eine generelle Verkürzung der Schulzeit bis zum

SPD: Es geht um schnelleren Weg zum Abitur an vielen Schulen

Abitur von 13 auf 12 Jahren gemeint, noch ist dieses ein Angebot speziell für Hochbegabte.

Zu einer individuell kürzeren Schulzeit wird auch der Wegfall der bisherigen Stichtags-Regelung bei der Einschulung führen. Wir wollen keine Eliteschulen, sondern möglichst viele Schulen in die Lage versetzen, verstärkt zu fördern und zu fördern. Für so genannte Hochbegabte, die nach bisherigen Erfahrungen maximal zwei Prozent eines Altersjahrgangs umfassen, müssen darüber hinaus neben ergänzender schulischer Förderung spezielle Lernangebote außerhalb der Schule gemacht werden. Hier ist auch eine frühzeitige Kooperation mit Hochschuleinrichtungen möglich, um Hochbegabten adäquate Aufgaben zu stellen. Mit solchen Zusatzangeboten wird einerseits den Lernfähigkeiten besonders begabter Schülerinnen und Schüler Rechnung getragen, andererseits können die wichtigen Sozialkontakte in einer normalen Schule bestehen bleiben. Eine Separierung hoch begabter Schüler in einer speziellen „Elite-Schule“ kann nur die Ausnahme sein.

Von
Bernhard Recker

Ein „Schnell-Abitur“ ist ein sinnvoller Baustein in der dringend notwendigen Förderung hoch begabter Kinder und Jugendlicher und sollte diesen sofort ermöglicht werden. Im Gegensatz zur Landesregierung streben wir jedoch nach einer notwendigen Übergangsphase das Abitur nach zwölf Jahren nicht nur für besonders Begabte an, sondern für alle. Dazu muss der gesamte gymnasiale Bildungsgang gestrafft werden unter der Voraussetzung, dass ein achtjähriger Bildungsgang zum Abitur qualitativ den gleichen Ansprüchen genügt wie der neunjährige.

Die Förderung besonders begabter Kinder und Ju-

CDU: Umfassende Hochbegabtenförderung nötig

gendlicher kann jedoch mit der Möglichkeit zu einem schnellen Abitur nicht ausgeschöpft sein. Immerhin handelt es sich um zwei bis drei Prozent der Kinder eines jeden Jahrgangs, also um 60 000 Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen daher endlich inhaltlich und organisatorisch definierte Fördermaßnahmen für Hochbegabte. Dazu muss sowohl bei der Aus- und Weiterbildung von Erziehern und Lehrern angesetzt werden als auch die personelle, sächliche und räumliche Ausstattung der Schulen diesen wachsenden Bedarfen angepasst werden. Überdies liegt uns auch die Förderung privater Initiativen am Herzen: Wenn das öffentliche Schulwesen schon keine Vorreiterrolle in NRW innehat, so müssen wenigstens so genannte private Ersatzschulen bereits vom Zeitpunkt ihrer Gründung an finanziell unterstützt werden. Dies ist in NRW in den ersten drei Jahren zurzeit nicht der Fall.

Von
Ingrid Pieper-von Heiden

Zwölf Jahre bis zum Abitur sollen nicht nur für Hochbegabte gelten. Die FDP will das Abitur grundsätzlich nach zwölf Jahren, an allen Gymnasien, und nicht nur das Schnell-Abitur an wenigen ausgesuchten Schulen, wie es die rot-grüne Regierung vorhat. Ziel ist es, die Leistungsanforderungen am Gymnasium zu erhöhen. Deutsch, Mathematik und Englisch müssen verbindliche Abiturprüfungsfächer sein, die durchgängig bis zum Abitur nicht abwählbar sind – die Abiturprüfung muss zudem ein naturwissenschaftliches Fach sowie eine weitere Fremdsprache oder ein sozialwissenschaftliches Fach umfassen.

Gut zwei Prozent aller Kinder eines Geburtsjahrgangs sind hoch begabt. Sie sind praktisch verlorene Kinder unseres Bildungssystems: Weil es keine auf sie abgestimmte Förderung an unseren Schulen gibt.

FDP: Abitur grundsätzlich nach zwölf Jahren

Hochbegabten wird eine „normale“ Entwicklungsmöglichkeit in unserem Schulsystem derzeit nicht zugestanden. Werden diese Kinder nicht in besonderer Weise gefördert, ist die Schule oft ein einziger Leidensweg für sie. Denn sie denken in völlig anderen Strukturen als ihre „normal“ begabten Mitschüler. Hochbegabte werden aufgrund fehlender Förderung häufig zu Schulversagern, erleiden ausgeprägte psychische und soziale Störungen und landen allzu oft in Kinder- und Jugendpsychiatrien oder auf Sonderschulen.

Hier wird nicht nur enormes Potential verschenkt, hier werden Menschen links liegen gelassen, die dringend besonderer Zuwendung bedürfen. Für Minderbegabte und Lernschwache gibt es eine ausgereifte Sonderpädagogik, für Hochbegabte wird nichts getan.

Es ist es höchste Zeit, eine gezielte Förderung Hochbegabter in Angriff zu nehmen. Sie muss zunächst flächendeckend integrativ an Grundschulen und in Form von speziellen Hochbegabten-Förderzweigen an Gymnasien in der Sekundarstufe II erfolgen, mindestens an jeweils einem Gymnasium pro Stadt oder Kreis. Damit die größten Talente unseres Landes in die Lage versetzt werden, ihre hohen Begabungen auch in hohe Leistungen umzusetzen.

Von
Sylvia Löhrmann

GRÜNE sind dagegen, einzelne Menschen für besser zu erklären als andere. Wer Menschen in Kategorien einteilt, läuft immer Gefahr, die einen zu diskriminieren und die anderen über Gebühr zu unterstützen. Meist sind es die ärmeren, die Menschen mit Problemen, die weniger gefördert werden, die weniger vom gesellschaftlichen Reichtum abbekommen.

Allerdings sind wir sehr dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler ihre Fähigkeiten in den Schulen entfalten können. Förderung von intelligenteren und weniger intelligenteren Schülerinnen und Schülern ist vor allem eine Frage der Unterrichtsorganisation, der Methodik. Erwiesen ist, dass behinderte und besonders begabte Kinder in offenen Lerngruppen mehr und besser lernen als im Frontalunterricht. Die schwächeren Kinder schnappen bei den stärkeren etwas auf, diejenigen, die vermeintlich alles schnell ver-

GRÜNE: Alle Begabungen im Blick haben

standen haben, merken, wenn sie anderen etwas erklären, ihre eigenen Unsicherheiten. Wenn der Unterricht allen Zeit bietet, sich selbständig etwas zu erarbeiten, haben die guten wie die schlechten Schülerinnen und Schüler etwas davon.

Es ist wichtig, alle Begabungen im Blick zu haben: musische und sportliche Talente ebenso wie logisch-mathematische und soziale Fähigkeiten. Emotionale Intelligenz beispielsweise wird in einer Medien-Gesellschaft immer wichtiger, um seelisch stabil zu bleiben: für Schulklassen sind solche Kinder besonders wichtig.

Auch hoch begabte Kinder sind Kinder und Jugendliche mit Gefühlen und dem Bedürfnis, von Gleichaltrigen akzeptiert zu werden. Wir dürfen sie ebenso wenig aus der Normalität ausgrenzen, wie wir das mit behinderten Menschen tun sollten. Deshalb sprechen wir uns für eine bestmögliche Differenzierung aus. Darüber hinaus wollen wir gemäß Koalitionsvertrag in jeder Stadt, jedem Kreis, ein Angebot schaffen, nach 12 Jahren zum Abitur zu gelangen.

Übrigens: Wer will, kann schon jetzt bis zu zwei Schulklassen überspringen. Wenn nur wenige diese Möglichkeiten wahrnehmen, so entscheiden dies die Eltern, die ihre Kinder in gleiche Altersgruppen und soziale Bezüge belassen wollen.

Kritik der Opposition an Regierungserklärung, aber auch Zustimmung

Aussprache über Clements Thesen zur Zukunft des Landes NRW

Bei der Aussprache über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) schlug am 6. September die Stunde der Opposition. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Jürgen Rüttgers hielt dem Regierungschef Ratlosigkeit vor und sprach von „postmoderner Kälte“, die die Regierungserklärung ausstrahle. FDP-Fraktionschef Jürgen W. Möllemann präsentierte eine alternative Regierungserklärung, wie sie in einem Bündnis SPD–FDP ausgesehen hätte, und in der er ein Drei-Milliarden-Mark-Programm für die Bildung forderte. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Edgar Moron verteidigte die Regierungserklärung als „ungewöhnlich konkret“. Wolfgang Clement habe die Herausforderungen, vor denen NRW stehe, „schonungslos offen gelegt“. GRÜNE-Fraktionssprecherin Sylvia Löhrmann attackierte die beiden Vorsitzenden der Oppositionsfractionen. Möllemann wolle „Politik als Show ohne Inhalt“ in den Landtag einführen. Rüttgers warf sie vor, die CDU wolle mit ihrer Kampagne gegen die NRW-Schulministerin die Schulen instrumentalisieren. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hingegen entdeckte in der Wirtschafts- und in der Bildungspolitik eine Reihe von Übereinstimmungen mit den Aussagen des CDU-Fraktionschefs. An Rüttgers gewandt, betonte Clement, hinter seinen Worten hätten sich ziemlich viel Gemeinsamkeiten mit dem verborgen, „was wir in wichtigen Fragen wirklich machen“.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, nannte die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten „ein Dokument der Ratlosigkeit“. Sicher habe Clement viel von Neuanfang, von Globalisierung, von Modernisierung und all den anderen modischen Begriffen gesprochen. „Aber statt Richtung zu geben, haben Sie Zeitgeist gepredigt.“ Gleich dreimal stehe das Wort „neu“ in der Regierungserklärung. Aber was sei eigentlich neu an dieser Koalition? Das Gewürge gehe weiter. Wenn es richtig sei, dass die Basis einer Koalition die gegenseitige menschliche Achtung sei, dann stehe diese Koalition auf verdammt dünnen Beinen. Diese rot-grüne Koalition sei nur durch einen Vertrag gebunden, aber nicht mehr von einem gemeinsamen politischen Willen getragen. Das liege an den inneren Widersprüchen der Koalitionsparteien. Dass die SPD in Nordrhein-Westfalen eine verknöcherte Partei sei, „haben wir ja schon immer gewusst“. Aber was da auf dem Parteitag der SPD in Dortmund geschehen sei, sei ja wohl einmalig. Da lehne der größte SPD-Bezirk die Parteireform von Herrn Müntefering ab. „Und jeder weiß, das ist ein Richtungskampf.“ Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Clement sei Vertreter der neuen Mitte. Dem gegenüber sage der Vorsitzende des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Poß, das Hauptproblem der SPD-Politik sei „eine soziale Schieflage“, und er fordere, „die SPD müsse linke Volks-



In Fragen der Wirtschaft und der Bildung manche Gemeinsamkeiten: v.l. Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Edgar Moron (SPD), Jürgen Möllemann (FDP), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schäfer

partei bleiben. „Da liegt das eigentliche Problem“, hielt Rüttgers fest. Die neue Mitte und der dritte Weg seien eben nur Konstrukte einer postmodernen Beliebigkeit. Es komme aber nicht auf die nächsten Schlagzeilen an, es komme darauf an, dass das Leben der Menschen besser werde, dass die Alten im Alter ein gerechtes Auskommen hätten, dass die Jungen bei uns im Westen eine gute Ausbildung bekämen und nicht in veralteten, teilweise verrotteten Schulen säßen, dass die, die es schwer hätten, die Behinderten, die Langzeitarbeitslosen, die allein erziehenden Mütter, eine Chance bekämen. Auf die Fragen dieser Menschen habe Clement in seiner Regierungserklärung keine Antwort gegeben. Deshalb strahle seine Regierungserklärung auch eine postmoderne Kälte aus. Eine postmoderne Kälte, die Hoffnungen zerstöre.

Der CDU-Oppositionschef fuhr dann fort, die Koalitionsverhandlungen seien Clement nicht gelungen. Die Regierungserklärung sei ihm auch misslungen. Die Menschen im Land hätten die Erklärung nicht einmal wahrgenommen. Auch die Personalentscheidungen der ersten drei Monate seien gründlich danebengegangen. Zudem bewertete Rüttgers den Fall Pofalla als einen Justizskandal. Die CDU-Fraktion werde alles daransetzen, damit dieser Skandal aufgedeckt werde. Zum Thema Bürgerbeteiligung habe Clement nur zwei dürre Sätze gesagt. Es sei ja bekannt, dass die SPD-NRW ein gestörtes Verhältnis zu mehr Bürgerbeteiligung habe. Gebe es doch in der sonst so detaillierten Rede kein Wort zur Verkleinerung des Landtages, kein Wort zur Senkung der Hürden für Volksbegehren auf Landesebene, kein Wort zur Einführung von Mehrstimmen für die Bürger bei Wahlen. Jürgen Rüttgers räumte indes ein, wer eine so lange Regierungserklärung halte, sage zwangsläufig nicht nur Falsches. Und bei aller harten Kritik wolle er auch sagen, wo man Clement zustimme. Das sei schon eine Frage der Fairness. Der CDU-Politiker wörtlich: „Wir stimmen Ihnen zu beim Kampf gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Wir stimmen Ihnen zu, dass die Steinkohle-

vereinbarungen eingehalten werden müssen. Wir stimmen Ihnen zu, dass Europa unsere Zukunft ist. Wir stimmen Ihnen zu bei der Notwendigkeit, hoch begabte Kinder besser zu fördern, mit Englisch in der Grundschule anzufangen, das Abitur nach zwölf Jahren machen zu können. Wir stimmen Ihnen zu, dass jeder Jugendliche, der kann und will, eine Lehrstelle bekommen soll. Wir stimmen Ihnen zu, dass Berlin nicht der Nabel der Welt ist, und die Fußballweltmeisterschaft vorwiegend in NRW stattfinden sollte.“

Kritik übte Rüttgers hingegen mit den Worten, was der rot-grünen Landesregierung und dem Ministerpräsidenten fehle, sei eine Vision, eine klare Vorstellung darüber, „wie wir in zehn, zwanzig oder in dreißig Jahren leben sollen“. An Clement gerichtet, stellte er fest: „Sie ahnen, dass sich etwas ändern muss. Aber Sie wissen nicht, was, und Sie wissen nicht, wohin.“

Zur Wirtschaftspolitik sagte Rüttgers, man wolle eine dynamische Wirtschaft. In NRW müsse endlich Schluss sein mit dem Förder-Wirrwarr. Man brauche die schnellsten Genehmigungsverfahren, um als Standort wieder konkurrenzfähig und attraktiv zu werden. „Wir brauchen eine konsequente Mittelstandspolitik.“ Der Reichtum des alten NRW habe unter Tage gelegen, bei Kohle und Stahl. Der Reichtum des neuen NRW liege in den Menschen. In ihren Köpfen und Händen. Wissen und Können seien die Ressourcen der Zukunft. Rüttgers sprach sich für eine faire und soziale Gesellschaft aus. Der Wert einer Gesellschaft zeige sich nicht in den Werten, die an der Börse gehandelt würden. Er folgerte: „Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen, Gruppen und Generationen Rücksicht aufeinander nehmen, eine Gesellschaft, in der alle gebraucht werden.“ Man brauche eine neue Sozialpolitik, die sich nicht nur an der Verteilungsgerechtigkeit orientiere. „Eine Politik, die soziale Chancen für jeden schafft und den sozialen Zusammenhalt aller stärkt.“ Der CDU-Fraktionschef bezeichnete die Familie als das nach wie vor tragfähigste soziale Netz, das Menschen stärke und auffange, unabhängig von Leistung

und Versagen. Er schloss: „Deshalb müssen wir die Familien fördern.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, urteilte, so viel „Klarheit, Offenheit und Ehrlichkeit“ wie in der Regierungserklärung, die Ministerpräsident Wolfgang Clement in der Vorwoche abgegeben habe, wünsche er sich immer in der Politik. Die Erklärung habe „in beispielloser Präzision den Bürgerinnen und Bürgern die politischen Ziele, das überzeugende Arbeitsprogramm der Landesregierung, Punkt für Punkt nachprüfbar, dargestellt“. Der Fraktionsvorsitzende: „Die SPD-Landtagsfraktion steht geschlossen zu den politischen Zielen, die Wolfgang Clement hier beschrieben hat.“ Man werde dem Regierungschef bei seinem Ziel des Aufbruchs nachhaltig unterstützen. Die Ablösung der reformunfähig und völlig kraftlos gewordenen früheren Bundesregierung, die erfolgreiche Reformpolitik der jetzigen Bundesregierung und die aufwärts zeigenden Konjunkturdaten sorgten für den „Schwung, den wir nutzen werden, um unser Land zu einer Spitzenregion in Europa auszubauen“. Nordrhein-Westfalen sei ein ungeheuer starkes Land: Seine Mittel im Länderfinanzausgleich hätten das Agrarland Bayern Anschluss finden lassen an die moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Aus eigener Kraft habe das Land einen beispielhaften Strukturwandel gestaltet. Mitten in Europa habe man einen hervorragenden Standortvorteil. Moron selbstbewusst: „Wir in Nordrhein-Westfalen, wir können beinahe alles, man soll uns nur lassen.“ Für den Weg, das Land von bürokratischen Zwängen zu befreien, um dadurch Kreativität freizusetzen, die der Staat zu fördern und nicht zu behindern habe, werde seine Partei der Reformmotor sein. Das geschehe in dem Bewusstsein, dass in Bildung und Ausbildung der Schlüssel für Wohlstand, beruflichen Erfolg und wirtschaftlichen Aufschwung liege. Mehr Autonomie, mehr Eigenverantwortung und kür-

zere Studienzeiten würden im Bereich von Hochschule und Wissenschaft angestrebt. Mit reformerischen Impulsen werde man das Wachstum der Wirtschaft stärken. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf würden in dieser Legislaturperiode die Angebote für die Ganztagsbetreuung von Kindern deutlich erhöht. In der Verkehrspolitik, dem fünften wichtigsten Reformschwerpunkt (Moron: „Die Leuchttürme unserer Politik“), stehe der bedarfsgerechte Ausbau aller Verkehrssysteme im Vordergrund.

Im Bildungssystem setze die Koalition zur Qualitätssteigerung auf Leistungsorientierung und mehr Eigenverantwortung. Mit flexiblen und unbürokratischen Steuerungselementen werde den Hochschulen Gelegenheit gegeben, alle vorhandenen Leistungspotentiale freizusetzen und optimal zu nutzen. In Kooperation mit der Wirtschaft werde versucht, Ausbildung und Bedarf in Übereinstimmung zu bringen. Angesichts der Konjunkturdaten sah Moron eine „großartige Chance für unser Land, mit zusätzlicher Dynamik und dem notwendigen Reformschub in den nächsten fünf Jahren neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen“. Einkommen aus Erwerbsarbeit, unterstrich er, sei und bleibe die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Aber um über die Arbeitslosigkeit zu siegen, sei gemeinsames Handeln und gemeinsame Verantwortung von allen einzufordern, von den Arbeitnehmern, den betrieblichen Ausbildern, von Unternehmen und ihren Kammern, von Kirchen und Gewerkschaften. Wichtigster Partner der Politik sei dabei der Mittelstand, denn kleine und mittlere Unternehmen stellten 75 Prozent der Beschäftigung und 80 Prozent der Ausbildungsplätze; er schaffe die meisten Arbeitsplätze und sei der verlässlichste Partner im Ausbildungskonsens, der auf hohem Niveau fortgesetzt werde. Zum deutschen Steinkohlenbergbau – was wolle hier eigentlich die CDU des Landes? – erklärte der Fraktionsvorsitzende für die SPD, mit ihr werde es

keinen „Auslaufbergbau“ geben: „Wir wollen eine Anschlussregelung für den 2002 auslaufenden EGKS-Vertrag, und wir wollen einen leistungsfähigen und lebensfähigen Steinkohlenbergbau auch über 2005 hinaus.“ Nordrhein-Westfalen bleibe Energieland Nummer eins, es setze dabei auf Steinkohle, Braunkohle und regenerative Energien. Derzeit würden über drei Milliarden Tonnen Steinkohle gefördert; in NRW beschäftigte die Bergbauzulieferindustrie in 300 Unternehmen rund 40 000 Menschen – wer auf die damit verbundenen Exportchancen verzichte, der müsste „verrückt“ sein. Moron: „Es bleibt dabei: Wir sagen Ja zu sozialverträglichen Anpassungen im heimischen Bergbau, aber wir lassen den deutschen Bergbau nicht absaufen!“

Ein hohes Engagement für die Familien gehöre zum Verständnis seiner Partei von einer sozial gerechten Gesellschaft. In den Grundschulen und weiterführenden Schulen werde das Angebot an verlässlicher Ganztagsbetreuung ausgebaut, „unsere Zielmarke sind 200 000 zusätzliche Plätze in der Ganztagsbetreuung“. Das könnten Land und Gemeinden allein nicht gewährleisten, es bedürfe des ehrenamtlichen Engagements der Eltern, um mit viel Kreativität das Angebot weiterzuentwickeln und zu optimieren.

Wie kein anderes Land sei NRW auf Mobilität angewiesen. Angesichts der zu erwartenden Zuwachsraten im Verkehr sei man gezwungen, Mobilität intelligent und effizient zu organisieren. Man wolle den Metrorapid, „wenn die Machbarkeitsstudie zu einem positiven Ergebnis kommt und das Projekt sich rechnet“. Nordrhein-Westfalen sei und bleibe das soziale Gewissen der Bundesrepublik, schloss Moron. Wenn dies früher Verteilungs- und Ergebnisgleichheit bedeutet habe, dann müsse man heute „ein vernünftiges, harmonisches Verhältnis zwischen der Freiheit des Einzelnen, dem gesellschaftlichen Fortschritt, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dem solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft schaffen“. Darum sollten die sozialen Sicherheitssysteme zukunftsfest gemacht werden. Moron: „Wir wollen Motor für Fortschritt und Vorbild für erfolgreichen, sozial gerechten Wandel sein und eine vorbildhafte Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit in die Wege leiten.“ Das sei das klare Ziel, wie es im Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung dieses Landes festgelegt sei.

Jürgen W. Möllemann (FDP), Fraktionsvorsitzender, stellte fest, vier Monate nach der Landtagswahl diskutiere das Parlament über die Regierungserklärung einer Koalition, die die Bevölkerung nicht mehr gewollt habe. Von 13 Millionen Wahlberechtigten hätten ganze 3,7 Millionen für Rot-GRÜN votiert. Die Bevölkerung sei die Streit- und Stillstandskoalition leid gewesen, sie habe SPD/FDP gewollt. Möllemann trug dann ein Acht-Punkte-Programm der FDP vor und kündigte Bildung als Mittelpunkt der Landespolitik an mit einem Unterrichts-Sicherungsgesetz sowie einem Drei-Milliarden-Sonderprogramm, Lernschwache und Hochbegabte seien gleichermaßen zu fördern. Das Abitur könne in 12 Jahren erreicht werden. In der Grundschule sollten Noten und Fremdsprachen sowie Umgang mit dem PC ab der ersten Klasse gegeben werden. Kopfnoten sollten wieder eingeführt werden. Die Gutachten für den Übergang müssten verbindlich sein. Privilegien der



Der Arbeitskreis Sport der CDU-Landtagsfraktion hat sich „vor Ort“ in Langenfeld über den Fortgang der Neugestaltung des Reiterhofes Gut Langfort informiert, der künftig die Landesreit- und Fahrschule Rheinland beherbergen wird. Die Reithalle sowie Verwaltungs- und Sozialräume sind im Rohbau fertig. Die neuen Stallungen werden zurzeit eingebaut. Der Vorsitzende des Vereins Landesreit- und Fahrschule, Friedrich Witte, und der Langenfelder Bürgermeister Magnus Stähler informierten die Landtagsabgeordneten unter Leitung der sportpolitischen Sprecherin Dr. Annemarie Schraps (CDU, 3. v. l.) über den aktuellen Stand.

Gesamtschule sollten beseitigt werden. Für Abschlüsse sollten höhere konkrete Leistungen verlangt werden. Der unsägliche „Qualitätspakt“ sei Erpressung der Hochschulen. Je eine privatisierte Hochschule im Rheinland, an der Ruhr und in Westfalen solle für mehr Wettbewerb sorgen. Die ZVS solle abgeschafft werden. Weniger Staat und weniger Bürokratie sei Ziel der FDP. Es gebe zu viele Gesetze und undeutliche Verwaltungsvorschriften. Der Landtag solle auf 151 Abgeordnete reduziert werden. Öffentliche Aufgaben seien weiter zu privatisieren. Durch Bürokratieabbau wolle die FDP zehn Milliarden Mark in dieser Wahlperiode einsparen. Im Vier-Punkte-Mittelstands-Programm seien weitere Steuerersenkungen, die Abschaffung der Gewerbesteuer, mehr innerbetriebliche Berufsausbildung, Aufheben der Regelungen gegen Scheinselbstständigkeit und gegen 630-Mark-Jobs enthalten. Dank Rot-GRÜN sei NRW Stauland Nummer eins. Die grüne Ideologie habe alle vernünftigen Lösungen blockiert. Die FDP werde die Öko-„Abzocker“-Steuer aufzuheben beantragen. Durch intelligentes Umsteuern gebe es andere Anreize. Kraftstoff zu sparen und vom PKW umzusteigen. Die FDP wolle die Kfz-Steuer abschaffen, das Aufkommen auf die Mineralölsteuer umlegen und die Kilometerpauschale in eine vom Verkehrsmittel unabhängige Entfernungspauschale umwandeln. Beim NRW-Straßenbau sei eine Wende nötig. Bei der Bahn seien Netz- und Betrieb zu trennen und Konkurrenz von Transportunternehmen zuzulassen. Die drei internationalen Flughäfen sollten bedarfsgerecht und mit effektivem Lärmschutz ausgebaut werden. Der Nachtflug in Köln/Bonn solle begrenzt werden. Wegweisende Projekte sollten ein privat finanzierter zehnspuriger Ruhrtunnel Dortmund-Düsseldorf, ein Rohrpostsystem für Güter und Waren in die Innenstädte, Verkehrsstelematik, der Einsatz von Zeppelin für den Güterschwertransport und eine große Lösung beim Transrapid sein. Familienpolitik und soziale Projekte brauchten Eigenverantwortung. Das Ehrenamt als tragende Säule im Sozialsystem solle finanziell unterstützt werden. Haus- und Familienarbeit sollten gleich wie Erwerbsarbeit anerkannt werden. Mehr Alleinerziehende erforderten mehr Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und Schulkinder. Ein Gewaltschutzgesetz solle dafür sorgen, dass nicht die Opfer familiärer Gewalt, sondern die Täter den Wohnraum verlassen müssten. Im Gesundheitswesen müsse die gesetzliche Krankenversicherung auf das medizinisch Notwendige beschränkt werden. Zu einem menschenwürdigen Sterben müsse die Hospizarbeit unterstützt werden. Kriminalität bedrohe die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit und auf Eigentum. Tätergruppen rüsteten auf. Die FDP wolle einen Polizeibeauftragten des Landtags, der einzelne Beamte bei Problemen unterstützen könne. Die Justiz müsse einschließlich Generalstaatsanwälten politisch unabhängig sein. NRW-Positionen bei Energie, Ladenschluss, Einwanderung, europäischer Integration und Abschaffung der Wehrpflicht im Bundesrat müssten im Klartext vertreten werden.

Sylvia Löhrmann, GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, endete ihren Beitrag zur Debatte über die Regierungserklärung mit dem Versprechen: „Wir haben uns viel vorgenommen. Wir werden als GRÜNE unseren

Peter Jeromin ist neuer Landtagsdirektor

Peter Jeromin ist neuer Direktor beim Landtag Nordrhein-Westfalen. Der Abteilungsleiter im Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie wurde von Landtagspräsident Ulrich Schmidt vorgeschlagen und hat im Benehmen mit dem Landtagspräsidium seinen Dienst am vergangenen Montag im Landesparlament angetreten. Damit ist die Stelle des Direktors beim Landtag Nordrhein-Westfalen nach über einjähriger Vakanz wieder besetzt.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt wünschte Peter Jeromin für seine neue Tätigkeit als Leiter der nordrhein-westfälischen Parlamentsverwaltung alles Gute. Der Direktor beim Landtag ist ständiger Vertreter des Präsidenten in der Landtagsverwaltung, die derzeit 326 Beschäftigte zählt und sich als moderne Dienstleistungsbehörde versteht. Landtagspräsident Schmidt dankte dem Ministerialdirigenten Wolfgang Welz, der nach der Suspendierung von Professor Große-Sender mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Landtagsdirektors beauftragt worden war und die damit verbundene zusätzliche Arbeit mit großem Engagement erfüllt habe.

Peter Jeromin (51) stammt aus Homburg/Saar, ist verheiratet, hat eine fünfjährige Tochter und lebt seit rund 25 Jahren in Düsseldorf. Sein Studium der Volks- und Betriebswirtschaft schloss er mit dem Diplomkaufmann ab. Von 1973 bis 1976 war er im Wirtschaftsministerium des Saarlan-



Peter Jeromin

des zuletzt als Wirtschaftsassessor tätig. 1976 begann seine Tätigkeit in der Landesregierung NRW im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS). Er übte verschiedene Ministerialfunktionen aus, war Referent in der Planungsgruppe von Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) und ab 1988 Persönlicher Referent, Parlamentsreferent und Leiter der Planungsgruppe von Minister Hermann Heinemann (SPD). Ab 1992 leitete Jeromin die Abteilung „Soziales“ bei den Ministern Franz Müntefering, Dr. Axel Horstmann, Ilse Brusis und Harald Schartau (alle SPD), zuständig für zahlreiche Fachgebiete der Sozialversicherung und der Sozialpolitik des Landes, u. a. der Renten-, Alten-, Pflege- und Behindertenpolitik, Sozialhilfe, Wohlfahrtsverbände, Fragen sozialer Dienste sowie der Aufnahme und der Integration von Ausländern und Aussiedlern.

Part als Regierungsfraction ausfüllen. Wir werden die deutlichen grünen Elemente des Koalitionsvertrages beharrlich und konsequent, mit Engagement, Esprit und Geschick in praktische Politik umsetzen. Packen wir's an!“ Ihre Fraktion stehe für eine Politik, die „weltoffen ist und sozial, demokratisch und gewaltfrei, kinderfreundlich und bildungsorientiert, ökologisch und europäisch, geschlechtergerecht und demokratisch“. Nach nicht „immer einfachen, teilweise auch turbulenten Jahren der ersten rot-grünen Koalition in NRW“ lägen nun fünf weitere Jahre harter politischer Arbeit für alle Menschen in diesem Land an. Politik in Kooperation und Rückkopplung mit Beteiligten und Betroffenen sei weiter erforderlich, um für die notwendigen Reformen Akzeptanz zu gewinnen und um den Reformprozess erfolgreich umsetzen zu können. Die Sprecherin: „Nachhaltige Politik ist aktueller denn je. Ziel einer verantwortungsvollen Politik muss der konsequente Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sein“ — hier nannte sie die Felder ökologische Energiepolitik, intelligente Verkehrspolitik, zukunftsfähige Wirtschaftspolitik und Bildungspolitik sowie eine Finanzpolitik, die Verschuldung vermeide und langfristig abbaue. Die GRÜNEN wollten NRW zum Motor der nachhaltigen und ökologischen Erneuerung machen, betonte sie unter Hinweis auf die zentrale Bedeutung der Landes-Agenda-21 NRW. Im Energiebereich forderte Löhrmann, das Brennelemente-

zwischenlager Ahaus dürfe nach dem Ausstieg aus der Atomenergie kein Endlager werden. Was die Steinkohlenförderung im Lande angehe, so seien eingegangene Verträge einzuhalten. Ihre Fraktion werde sich für Umsetzung der Kohlevereinbarung aus dem Jahr 1997 bis 2005 einsetzen, danach werde eine Beihilferegelung mit der Bundesregierung angestrebt. Aber: Aufgabe von Subventionen sei es nicht, einen nicht marktfähigen Energieträger — egal ob Kohle, Gas, erneuerbare Energie oder Atom — künstlich am Leben zu erhalten. Um den Leitgedanken der nachhaltigen Mobilität umzusetzen, strebe man in der Verkehrspolitik die Bündelung der verschiedenen Verkehrssysteme mit einer integrierten Gesamtverkehrsplanung an. Von den zwei Milliarden des Bundes für die Bahn sollte „ein dicker Batzen“ nach NRW kommen. Denn: „Wir wollen einen Quantensprung für die moderne Bahn!“ Was die Bildungs- und Hochschulpolitik angehe, so mache es keinen Sinn, die Qualität im nordrhein-westfälischen Bildungssystem dadurch heben zu wollen, dass die Anforderungen erhöht werden: Damit erreiche man nur eine stärkere Auslese. Um eine absolut vorrangige gute Schulpolitik zu gestalten, müsste eine Modernisierung durch Vernetzung, mehr Internationalität und Ganztagsbetreuung, zusätzliche Integrationsangebote und die Möglichkeit zur Verkürzung der Schullaufbahn erreicht werden. Ähnlich wie in der abgelaufenen Legislaturperiode werden die GRÜNEN auf

ihre Frauenpolitik als Markenzeichen grüner Politik achten und in jedem Politikfeld fragen, wie sich eine Maßnahme auf Männer und Frauen auswirke und wie Schritte zu mehr Gleichberechtigung ergriffen werden können. Nach Ausführungen zur Familien-, Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits- und Flüchtlingspolitik („Wir sind ein Einwanderungsland“) sowie einem Plädoyer für die Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften forderte die GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende die hohen Hürden bei Volksbegehren und Volksentscheid auf Landesebene abzubauen. Zum Stichwort Kommunalfreundlichkeit verlange sie, „dass den Aufgaben auch das Geld folgen muss“. Die angestrebte Verwaltungsreform sei im Dialog mit den Beschäftigten fortzuführen. Kultur sei mehr als nur die Visitenkarte des Landes, sondern in ihrer Vielfalt die Grundlage für das soziale Miteinander in der Gesellschaft. Darum wollten die GRÜNEN eine breite Offensive für die Kultur ins Land tragen, denn „ohne kulturelle Basis wächst die Verrohung und schreitet die Gewaltbereitschaft voran“. Die Kultur dürfe nicht „verwirtschaftlicht“ werden, sondern müsse in die Mitte der Gesellschaft zurückkehren.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) fand die Reden der Oppositionsführer nicht aufregend. Möllemann habe seitenweise das Wahlprogramm der FDP zum Besten gegeben, das habe er nicht für möglich gehalten. Als Kopfnote für Fleiß stünde dafür eine glatte Sechse. Beide Oppositionsführer seien im politischen Gebirge in Berlin gescheitert und nun hier in der Ebene. Moderne Politik sei das Interesse an der Zukunft des Landes, an konkreten Initiativen und Projekten. Rüttgers werfe ihm Kälte und seine Macherart vor. Er habe nicht das geringste Problem im Umgang mit Menschen. Die Sozialkompetenz der SPD zu erobern, werde die CDU nicht schaffen. Positiv seien viele Gemeinsamkeiten bei Rüttgers, jedenfalls im Bereich der Wirtschaftspolitik. Er sei dankbar für dessen Erklärung zur Kohle. Beim Schul- und Bildungssystem halte er Zusammenarbeit für möglich. Im Fall Pofalla gebe es keine politische Einflussnahme. Der Rechtsstaat funktioniere nur, wenn wir ihn in positiven und negativen Konsequenzen ertragen. Man könne ihn sich nicht zu-rechtschneidern. Menschen mit Prominenz seien besonderer Belastung ausgesetzt. Eine große Freude seien ihm die an diesem Tag gemeldeten niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit fünf Jahren, 6,6 Prozent weniger gegenüber dem Vorjahr. Die Arbeitslosenquote in NRW liege immer noch bei 9,6 Prozent. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen habe sich auf 110 Milliarden Mark erhöht, das seien 27 Prozent aller Auslandsinvestitionen in Deutschland. NRW belege damit den ersten Platz unter den Ländern. An der Medienentwicklung in Köln sei die Landesregierung beteiligt. Ohne Großprojekte gebe es keine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Die Großindustrie außer Steinkohle werde in NRW finanziell nicht mehr gefördert. Rüttgers und Möllemann hätten in ihren Bundesfunktionen für mehr Mittel für Schiene, Straßenbau und Flughäfen sorgen können, statt sie überwiegend nach Ost-, Süd- und Südwestdeutschland fließen zu lassen. Auch für Familien habe die frühere Bundesregierung nicht viel getan. Nach der jetzigen Steuerreform werde ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern um 2800

Mark jährlich entlastet. Für diese Steuerreform nehme NRW einen Einnahmeverlust von 5,5 Milliarden Mark im nächsten Jahr in Kauf. Auch beim Finanzausgleich werde NRW eine wichtige Rolle einnehmen. Die Rentenreform, die Änderung des Betriebsverfassungs- und des Arbeitsförderungs-gesetzes stünden noch bevor. In Deutschland würden künftig befristete Arbeitsverhältnisse benötigt. Kettenverträge über zwei Jahre sollten jedoch abgeschafft werden. Demgegenüber sei der Ladenschluss nachrangig. Das Wichtigste sei eine klare Regelung für die Beschäftigten im Einzelhandel. Auch das Verhältnis zwischen Innenstädten und Vororten sei zu regeln. Der Sonntag solle geschützt bleiben. Unterrichtsgarantie funktioniere nicht. In Hessen würden Mittel für nur 93 Prozent Unterrichtsversorgung zur Verfügung gestellt. Kampagnen gegen Einzelpersonen wie gegen die Schulministerin führten nie zu etwas Gutem. Bei Kultur lebe NRW von der Stärke der Regionen. Auf einen gewissen Zentralismus müsse Acht gegeben werden. Für Landeskulturpolitik sollten mehr Mittel mobilisiert werden. Die Kommunen erhielten in diesem Jahr 431 Millionen Mark mehr, eine Nachzahlung. Bei der Ausweisung von Schutzflächen sei NRW gegenüber der EU in Zugzwang. Über wenige Streitfälle werde verhandelt. Die rot-grüne Koalition habe nach einem mühsamen Prozess jetzt eine gute Basis. Eine seiner Visionen seien Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle Jugendlichen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) sagte, die Union werde nicht locker lassen, weitere Verbesserungen für die Familien zu fordern. So könnte NRW etwa dem saarländischen Vorbild folgen und den nordrhein-westfälischen Eltern die Kindergartenbeiträge erlassen. In den Schulen des Landes gebe es weiterhin Unterrichtsausfall: dass die Landesregierung hier ein schlechtes Gewissen habe, belege ihre Weigerung, den Unterrichtsausfall statistisch erfassen zu lassen. Was die Lage auf dem Arbeitsmarkt angehe, so hinke NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern immer noch hinterher.

Jürgen W. Möllemann (FDP), Fraktionsvorsitzender, stellte die Subventionen für die sozialverträgliche Anpassung im Steinkohlenbergbau in Frage: Im Strukturwandel anderer Branchen gebe es durchaus betriebsbedingte Kündigungen, warum also nicht auch im Bergbau? Er kritisierte die Missstände an den Schulen des Landes, für die die Landesregierung Verantwortung trage. Es werde zu wenig getan, die junge Generation vier Jahre früher ins Berufsleben eintreten zu lassen. Die Landesregierung sollte weiter an der Liberalisierung des Ladenschlusses arbeiten und in der Gesundheitspolitik die „unsägliche Art der Drangsalierung der freien Berufe durch das Budget“ unterlassen.

Edith Müller (GRÜNE) wandte sich dagegen, in der Frage der Osterweiterung der EU gerade jetzt die Debatte um öffentliche Zustimmung durch das Volk zu beginnen. Demokratie bedeute auch, „endlich auch den ungarischen Abgeordneten eine Stimme im Europäischen Parlament zu geben“. Es bringe die osteuropäischen Partner in Bedrängnis, wenn ausgerechnet die Deutschen mit ihrer besonderen historischen Verantwortung eine unheilvolle Verwicklung zwischen Außenpolitik und Innenpolitik (mehr plebiszitäre Elemente für mehr Demokratie) in einer Frage vornähmen, die in Helsinki längst entschieden worden sei.

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, vermisste in der Debatte von der Opposition einen „richtigen, alternativen Politikentwurf“. Nachdrücklich warnte er davor, sich auf dem Energiesektor von Importen abhängig zu machen und hier alles „absaufen zu lassen“. Wenn man keine eigene Energiereserve habe, dann müsse man die Preise zahlen, „die uns andere aufoktroieren“. Moron unterstrich, NRW mit seiner Montan- und Großindustrie habe in einem unglaublichen Aufbruch in einer erfolgreichen Aufholjagd Defizite ausgeglichen. Dem FDP-Vorsitzenden warf er vor, er benutze den Landtag nur als Bühne für seine bundespolitische Karriere: „Das haben die Wähler aber nicht gewollt.“



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) übergibt dem neuen Direktor beim Landtag, Peter Jeromin (r.), die Er-nennungs-surkunde (siehe auch Seite 5).
Foto: Schälte

Aussprache über gemeinsamen Antrag zu Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit

Nur der Staat hat Monopol auf Gewalt

Der Landtag hat am 31. August mit einer umfassenden Aussprache die Debatte über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN über ein Bündnis „Für Toleranz und Zivilcourage – Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ fortgesetzt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen (Drs. 13/109).

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, betonte, die gesamte Bundesrepublik Deutschland müsse sich jetzt mit neuen Formen politischer Provokation und Gewalt auseinandersetzen. „Wir werden – und wir fordern alle demokratischen Kräfte dazu auf – diesen Provokationen, diesen Gewalttätigkeiten entschieden entgegenzutreten. Wir werden nicht zulassen, dass Menschen in unserem Land in Angst und Schrecken leben müssen, egal, welche Hautfarbe, welche Nationalität, welche Religion oder Lebensauffassung sie haben mögen“, sagte Moron. Er forderte jede Bürgerin und jeden Bürger auf, dort, wo Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Religion oder Rasse verfolgt und gejagt würden, nicht wegzusehen, sich einzumischen, die Polizei zu rufen, klar Position zu beziehen, zu helfen.

Horst Engel (FDP) erklärte, die Freien Demokraten legten Wert auf folgende Kernaussagen: Die Bürgergesellschaft müsse diejenigen stärken, die Zivilcourage hätten und zeigten. Sie müsse Kindern mit auf den Weg geben, was Würde des Menschen ausmache. Sie müsse die Beziehungsgesellschaft, die Multiplikatoren des Rechtsstaates stärken. Da dies alleine aber nicht ausreiche, sei ein starker Staat gefragt, und zwar in der Wahrnehmung seiner Kernkompetenz, stark in seiner vornehmsten Aufgabe, die innere Sicherheit zu garantieren.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionsvorsitzende, unterstrich, sie sei sich sicher, dass unsere Bevölkerung nicht mehr und nicht weniger fremdenfeindlich als andere Gesellschaften etwa in England, Spanien und Frankreich sei. Das sehe im Übrigen auch der übergroße Teil der ausländischen Korrespondentinnen und Korrespondenten bei aller kritischen Beobachtung auch so. Sie finde es bemerkenswert, dass positiv kommentiert werde, „dass wir wachsam sind und dass wir jetzt eine kritische Debatte führen“. Wenn ein Konsens der Demokraten Sinn machen solle, dann brauche man vor allem eine Übereinkunft, dass politische Parteien das Thema „Zuwanderung und Integration“ nicht mehr für Stimmungsmache missbrauchten.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) schloss sich Dr. Klose an, es gehe nicht nur um das Ansehen Deutschlands im Ausland,

Kriegsende.“ Man knüpfe an diese Gedanken und Überlegungen, an gute Beispiele und Erfahrungen an. „Wir in Nordrhein-Westfalen können alle miteinander stolz auf diese Tradition einer Auseinandersetzung mit dem rechten Extremismus sein.“

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, betonte, es dürfe in der Diskussion keine Tabus geben. Genauso, wie es schlimm sei, wenn Ausländer in diesem Land verfolgt würden, wisse man auch, dass es schon einmal Fälle gebe, in denen hier lebende Ausländer Gewalt ausübten. Auch das müsse benannt werden dürfen, ohne dass das Ganze diskriminiert werde, als ob es Ausländerfeindlichkeit sei. Also, auch dies sei notwendig. Rüttgers verneinte, dass es eine multikulturelle Gesellschaft geben sollte. Er persönlich glaube nicht, dass die Idee der multikulturellen Gesellschaft eine Zukunftsidee sei.

Frank Baranowski (SPD) sagte, natürlich rede man auch darüber, dass Gewalt von Ausländern ausgehe. „Wir reden aber nicht nur über Symptome, sondern auch über Ursachen.“ Und in diesem Zusammenhang müsse man dann auch darüber reden, wer denn jahrelang die Einwanderungsgesellschaft verschwiegen habe, nicht bereit gewesen sei, sie zuzugestehen.

Jürgen W. Möllemann (FDP), Fraktionsvorsitzender, versicherte, die FDP unterstütze den Antrag, den sie mit eingebracht



Konsens der Demokraten; v. l. Edgar Moron (SPD), Dr. Hans Ulrich Klose (CDU), Horst Engel (FDP), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD).
Fotocs: Schnaite

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) bekräftigte, wer Synagogen anzünde, wer Sprengstoffanschläge verübe, wer jüdische Friedhöfe schände, der müsse wissen, dass die friedliche Ordnung unseres Staates und unserer Gesellschaft mit allen rechtsstaatlichen Mitteln diese Ordnung verteidigen werde. Wer Menschenhetze und Volkshetze betreibe, wer Wände und Mauern mit Hakenkreuzen beschmiere, wer im Internet oder sonstwo neonazistische Parolen vertreibe, müsse wissen, dass der Rechtsstaat dies nicht hinnehme. Es gehe darum, die Verfassungsordnung zu bewahren.

es gehe nicht nur um die Chancen eines Wirtschaftsstandortes, „sondern es geht um unsere politische Kultur“. Es gehe um die Zukunft unseres politischen Gemeinwesens. Das stehe im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Wichtiger denn je sei Nachhaltigkeit „in unseren Bemühungen“, sei dauerhaftes, immer wieder forciertes Bemühen, mit diesem rechten Sumpf fertig zu werden. Der Minister erinnerte daran: „Wir setzen auf eine herausragende, hervorragende und vorbildliche Tradition in der politischen Auseinandersetzung mit rechtem Extremismus hier in diesem Lande nach

habe, uneingeschränkt. Aber er verwies darauf, dass man „hier auch über etwas anderes“ rede. Der Innenminister habe mit Recht bei den Polizistenmorden und bei dem Düsseldorf Bombenattentat darauf hingewiesen, dass er nicht wisse, wer die Täter seien, geschweige denn, dass sie einem bestimmten politischen Hintergrund zuzuordnen seien. Ihn ärgere es allmählich, wenn es in Nachrichtensendungen heiße, da und dort sei ein Haus angezündet worden und es dann so etwas erleichtert klinge, die Polizei habe keinen rechtsextremen Hintergrund (Fortsetzung auf Seite 8)

Neue Wahlperiode hat begonnen: Frauen im Parlament



Britta Aitenkamp-Nowicki (SPD), Abgeordnete aus Essen



Regina van Dinther (CDU), Abgeordnete aus Hattingen



Marianne Thomann-Stahl (FDP), Abgeordnete aus Minden



Barbara Steffens (GRÜNE), Abgeordnete aus Mülheim a. d. Ruhr

Fotos: Schätze

Toleranz ...

(Fortsetzung von Seite 7)
festgestellt. „Wo kommen wir denn eigentlich hin, wenn wir es zulassen, dass in Kategorien eingeteilt wird?“

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) verwies darauf, dass man in den Schulen 30 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund habe. Egal, wo sie herkämen, gehörten sie dazu und seien demnächst deutsche Staatsbürger. Das seien Kinder dieser Gesellschaft. Sie brächten ihren kulturellen Hintergrund mit, über ihre Familien und über ihren Austausch nach Hause. „Dann ist das aus unserer Sicht eine multikulturelle Gesellschaft, das schadet unserem Grundgesetz nicht.“

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) sagte, beim Begriff „multikulturell“ stellten sich viele Definitionsfragen, das nehme er nicht so ernst. „Dass wir ein Land sind, in dem Menschen aus vielen Kulturen zusammenkommen, ist klar.“ Aber eines dabei sei ebenso klar: Dass all die, die hierher kämen, den Werten unserer Verfassung unterworfen seien. „Dass es bei allen Diskussionen daran nicht den geringsten Zweifel gibt, steht außer jeder Frage.“ Und was Gewalt angehe, gebe es auch nicht den geringsten Zweifel. „Es gibt auch nicht den geringsten Anlass zu irgendeinem Zweifel, wir seien da auf irgendeinem Auge blind — rechts oder links.“ Der Ministerpräsident fol-

gerete: „Gewalt in diesem Land — das sagen der Bundespräsident und der Bundeskanzler wie wir alle — hat nur einer, und das ist der Staat: ein Gewaltmonopol nämlich.“ Sonst gelte es, jegliche Gewalt in diesem Land zu ächten.

Edgar Moron (SPD) stellte in einem weiteren Beitrag fest, er habe über weite Strecken der heutigen Aussprache den Eindruck gehabt, „dass wir durchaus in der Lage sein könnten, hier vor einem manchmal sehr kontroversen historischen Hintergrund Tore aufzumachen in Richtung auf mehr Gemeinsamkeit, und zwar Gemeinsamkeit in einem wichtigen politischen Feld, bei dem alle Demokraten zusammenstehen müssten“.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) unterstrich in einer weiteren Stellungnahme, man sollte jetzt einmal den Versuch machen, zu konkreten Ergebnissen zu kommen, und zwar auf der Basis des gemeinsamen Willens, jetzt gegen die rechtsextreme Gewalt anzutreten, „um uns später nicht vorwerfen lassen zu müssen, wir hätten irgend etwas versäumt. Das ist das Wichtigste, was im Moment passieren muss“.

Jürgen W. Möllemann (FDP) erklärte in einem zweiten Beitrag zum Zuwanderungsprozess, es sei in allen demokratischen Ländern so, dass diese folgende Punkte sehr wohl definierten: „Was ist unser konkreter Bedarf? Was sind die Kriterien bei der

Zuwanderung im Wirtschaftsprozess, ausdrücklich nicht im Asylbereich?“ Deswegen sei man gut beraten, darüber sehr konkret zu diskutieren.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) entgegnete darauf, es sei keineswegs so, dass alle Staaten es so handhabten, wie sein Vorredner es gesagt habe, und dass alle Staaten jeweils im Vorhinein festlegten, wen sie aus welcher Gruppe gerne hätten. „Das ist ein Irrtum.“ Er glaube, dass die europäische Kultur der Zuwanderung eine andere als die angloamerikanisch geprägte sei. „Ich bin mir nicht sicher, ob die angloamerikanisch geprägte die richtige ist.“ Sie beinhalte eine Auswahl. Sie bedeute gleichzeitig eine wilde Zuwanderung über die mexikanische Grenze. Es sei keineswegs ein geregelteres Verfahren.

Reiner Priggen (GRÜNE) sagte abschließend, das Grundproblem bestehe darin, dass niemand in diesem Land Angst davor haben müsse, auf die Straße zu gehen, wenn er eine andere Hautfarbe habe. „Das ist für mich das Kernproblem. Darin müssen wir einen Konsens finden.“ Man werde unterschiedliche Ansichten bei der Ausgestaltung des Einwanderungsrechts haben. Es müsse aber einen Konsens geben, dass sich solche Vorfälle nicht ereignen dürften und dass man eine Debatte darüber nicht so führe, linke und rechte Gewalt zum Thema zu machen.

Deutsche Welle: Neustrukturierung ja – aber keine Vorgaben für Programmauftrag

Nach langjährigen und kontroversen Diskussionen bestehe jetzt erstmals die Möglichkeit einer fairen, arbeitsteiligen und den Länderinteressen gerecht werdenden Zusammenarbeit. Darum sollte die Landesregierung darauf dringen, dass die von der Bundesregierung für die Neuordnung der Deutschen Welle vorgelegten Überlegungen in den Ländern auf eine positive Grundentscheidung stoßen und dass der Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung vorangetrieben wird. Dies ist der Tenor eines Antrags mit dem Titel „Die Chancen für eine Neuordnung des Deutschen Auslandsfernsehens nutzen“ (Drs. 13/102), den der Landtag einstimmig an den Medienausschuss überwiesen hat.

Marc Jan Eumann (SPD) plädierte: „Lassen Sie uns jetzt gemeinsam die Voraussetzungen dafür schaffen, die Deutsche Welle im 21. Jahrhundert neu aufzustellen und unter Beteiligung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten den Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung voranzutreiben.“ Wer sich im Ausland das Fernsehen der Deutschen Welle anschau, der erkenne den Reformbedarf, den dieses Programm habe. Die Diskussion über die neue Struktur des Senders müsse sachlicher werden, zudem seien die Anforderungen, die an ein qualitativ hochwertiges Auslandsfernsehen zu stellen sind, nicht nur mit einem einzigen Programm zu erfüllen. Es müsse „mit einer zielgruppengerechten Differenzierung des Programmauftrags das für das Ausland geeignete Programmpotenzial des Bundes und der Länder zu einem funktionierenden Synergiemodell zusammengebunden werden“. Eumann: „Wir in Nordrhein-Westfalen wollen ebenfalls unseren Beitrag dazu leisten, jetzt die Weichen für einen Auslandsrundfunk mit Zukunft zu stellen, und zwar vor allem für die Beschäftigten der Deutschen Welle in Nordrhein-Westfalen.“

Oliver Keymis (GRÜNE) stellte angesichts des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik fest: „Das Bild Deutschlands in der Welt wackelt.“ Das schade nicht nur ökonomisch, sondern beeinträchtige auch das Ansehen der Deutschen. „Es wird in Zukunft immer wichtiger werden, nicht nur den rund zehn Millionen Deutsch sprechenden Menschen im europäischen Raum, sondern auch durch ein engagiertes mehrsprachiges TV-Programm Bilder und Informationen über unser Land in Bereiche zu senden, in denen Deutsch nicht verstanden wird“, erklärte Keymis.

Werner Jostmeier (CDU) sah im Konzept der Bundesregierung ein paar Fragezeichen. So müsse man sich über „zielgruppengerechte Schärfung des Programmprofils“ ebenso unterhalten wie darüber, „dass die Funktion der Deutschen Welle als



Das Programm, das die Deutsche Welle vom Medienstandort Köln/Bonn ins Ausland abstrahlt, ist verbesserungsbedürftig – darüber waren sich weitgehend einig (v. l.): Marc Jan Eumann (SPD), Oliver Keymis (GRÜNE), Werner Jostmeier (CDU) und Dr. Stefan Grüll (FDP).

Fotos: Schälte

Präventions- und Krisenradio gestärkt werden soll“. Es bestehe die Gefahr, dass der Grundsatz der Staatsferne nicht mehr beibehalten und die Gremien der Deutschen Welle, die schon jetzt kaum Kompetenzen hätten, entmachtet werden sollten. Hinzu kämen die Sparmaßnahmen, die der Bund beim Sender umsetze. Das alles tue dem Medienstandort Köln/Bonn nicht gut; die spannende Frage sei, warum Rot-GRÜN in Düsseldorf diese Berliner Pläne unterstütze. Für seine Fraktion sei es – unter anderem – entscheidend, dass es keinen „Staatsfunk gebe, der nach der Pfeife der rot-grünen oder der jeweiligen Mehrheit in Berlin tanzt“. Artikel 5 des Grundgesetzes müsse auch für die Deutsche Welle gelten. Ferner müsse die im Gesetz verankerte Finanzgarantie gewährleistet sein. Gegen kostensenkende und sinnvolle Kooperationen mit anderen Anstalten sei nichts einzuwenden.

Dr. Stefan Grüll (FDP) sah das zugrunde liegende Konzept von Staatsminister Naumann nicht als Grundlage an, „über die notwendigen Neustrukturierungen der Deutschen Welle zu diskutieren“. Dass künftig Vorgaben gemacht werden sollen, sei mit den liberalen Vorstellungen von Status, Stellenwert und Eigenständigkeit des Senders nicht zu vereinbaren. Er verstehe den „devoten Gehorsam“ der beiden antragstellenden Fraktionen nicht, „ein bisschen mehr Selbstbewusstsein wäre sicher angebracht“. Seine Fraktion bekenne sich zur

Deutschen Welle und sei bereit, daran mitzuwirken, dass sie in Zukunft „effizienter, effektiver mit der notwendigen auch finanziellen Ausstattung ihren Auftrag erfüllen kann“.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) verstand die Aufregung nicht: Der Bund sei bereit, seine Kompetenzen mit den Ländern zu teilen: „Wir halten das für positiv und begrüßen es. Wir fühlen uns insofern besonders verpflichtet, als die Deutsche Welle ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen hat.“ Er gebe auch denen Recht, die Vorgaben für das Programm nicht zu akzeptieren bereit seien, betonte Clement, aber hier und in Berlin gebe es niemanden, der Meinungsvielfalt und Informationsfreiheit unterdrücken oder bedrängen wolle. Über Feinheiten werde noch zu diskutieren sein.

Dr. Stefan Grüll (FDP) qualifizierte diese Feststellungen des Ministerpräsidenten als hilfreich und klarstellend. Vielleicht könnten sie von den beiden antragstellenden Fraktionen in ihren Vorschlag noch eingearbeitet werden.

Hundeverordnung wird nicht zurückgenommen

Auf Antrag der FDP-Fraktion hat sich der Landtag am 31. August im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Hundeverordnung NRW: Erfahrungen und Konsequenzen“ auseinandergesetzt.

Dr. Stefan Grüll (FDP) warf der Umweltministerin vor, ihre Hundeverordnung habe zu einem tiefen Riss im Lande geführt. Die vom Ministerium vorgelegte Rasseliste sei in keiner Weise geeignet, das Problem in den Griff zu bekommen, „diese Verordnung ist handwerklich dilettantisch, sie ist nicht umsetzbar. Das sagen alle Ordnungsämter dieses Landes“. Grüll verlangte, zur Gefährhundeverordnung des Landes 1994 zurückzukehren, sie umzusetzen und um ein paar Punkte zu ergänzen, die sich mit verantwortungslosen Haltern befassen, die ihre Hunde zu Beißmaschinen abrichteten. Für die müsse es schmerzhaft Strafen geben – nicht 2000, sondern 50 000 Mark und befristetes oder unbefristetes Hundehaltverbot.

Irmgard Schmid (SPD) stellte klar: „Oberstes Ziel bleibt der größtmögliche Schutz des Menschen vor gefährlichen Hunden.“ Die Umweltministerin habe entsprechend gehandelt; es würden in Kürze Gespräche mit Betroffenen, Tierschützern und Fachleuten geführt, wie eine sachgerechte landesweite Anwendung sichergestellt werden könne. Die SPD sei offen für Korrekturen, wenn sie sachlich begründet sind. Sie dränge auf eine bundesweite Regel zu gefährlichen Hunden. Außerdem wolle man eine obligatorische Haftpflichtversicherung für Hunde.

Marie-Luise Fasse (CDU) verlangte einen einheitlichen Handlungsrahmen; die Verordnung der Ministerin sei ein Schnellschuss. Darum habe die CDU den Antrag gestellt, die derzeitige Hundehaltverordnung zu überarbeiten und detaillierte Änderungen vorzunehmen, damit sie ihren Zweck, den Schutz des Menschen, erfüllen kann. Das gehe nur, wenn die örtlichen Ord-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Landeshundeverordnung ...

(Fortsetzung von Seite 9)

nungsbehörden in der Lage seien. Hundebesitzer mit Geldstrafen bis zu 200 000 Mark zu belegen, die gegen Haltungs- und Zuchtverbot verstoßen. Es könne nicht Ziel einer Verordnung sein, die Bevölkerung zu spalten.

Monika Düker (GRÜNE) lehnte das Wort vom „Schnellschuss“ als Legendebildung ab. An der Verordnung sei schon vor den blutigen Zwischenfällen gearbeitet worden. Man müsse versuchen, beide Seiten zusammenzuführen und den Interessen und Bedürfnissen beider Seiten gerecht zu werden. Bei der Rasseliste gehe es nicht um Diskriminierung, sondern um die Aufzählung von potenziell gefährlichen Hunden. Ihre Abschaffung würde eine Wesensprüfung für alle Rassen bedingen. „das bedeutet einen pauschalen Generalverdacht gegen jeden Hund“.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) betonte, die Verordnung habe den Ordnungssämtern das Vorgehen erleichtert, indem jetzt die Beweispflicht umgekehrt worden sei: Nicht mehr die Behörde müsse nachweisen, dass ein Hund gefährlich ist, sondern der Halter bestimmter Rassen, dass sein Tier keine Gefahr darstellt. Wem das gelinge, dem würden die Auflagen erlassen. Es stimme, dass die Durchführungsbestimmungen schnell kommen müssten, ein Entwurf dafür sei schon fertig. Noch im September werde er den Kommunen zugeleitet.

Jürgen W. Möllemann, FDP-Fraktionsvorsitzender, gab die Meinung Betroffener wieder: Die Verordnung sei eine „Katastrophe“ und eine unvernünftige Regelung. Die Ministerin sei uneinsichtig und ratlos, weil sie nicht wisse, wie weiter vorzugehen sei. Darum solle sie „das Ding“ zurückziehen und sich mit Experten an einen Tisch setzen. Möllemann wörtlich zu Höhn: „Sie haben hier Mist gebaut.“

Jürgen Jentsch (SPD) forderte klare und eindeutige Bestimmungen zum Vollzug der Verordnung. Außerdem seien bundeseinheitliche Regelungen erforderlich, die nicht an der Landesgrenze Halt machten.

Theodor Kruse (CDU) rief die Ministerin auf, angesichts der tiefen Verunsicherung unter den Hundebesitzern und der Spaltung der Gesellschaft die Verordnung zurückzunehmen. Seine Fraktion werde dazu einen Antrag vorlegen.

Monika Düker (GRÜNE) warnte davor, die Spaltung der Gesellschaft herbeizureden, das Thema zu instrumentalisieren und Aggressionspotenziale zu schüren. „Wir sind zusammen an der konstruktiven Lösung aller offenen Fragen und Probleme interessiert“, unterstrich sie. Mit den Durchführungsbestimmungen werde eine „wirklich gute Lösung“ erreicht.

Dr. Georg Scholz (SPD) meinte, es gehe um seine sachgerechte Lösung für beide Seiten. Wie man die durch Emotionalisierung erreichen wolle, könne er nicht nachvollziehen. In den anstehenden Gesprächen mit Fachleuten müssten vernünftige Diskussionen geführt werden.

CDU fordert eine andere Hochschulfinanzierung

Union: Hochschulen auf eine neue Basis stellen – Koalition: Qualitätspakt reicht

Über neue Wege in der Hochschulfinanzierung und über die Errichtung von Stiftungshochschulen in NRW hat der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion „Hochschulen in NRW auf das 21. Jahrhundert vorbereiten – Zukunftsmodell Stiftungshochschulen jetzt prüfen und einleiten“ am 31. August 2000 beraten. Der Antrag wurde einstimmig an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung überwiesen (Drs. 13/100).

Manfred Kuhmichel (CDU) sagte, die „kläglich“ Erfahrungen mit dem neuen Hochschulgesetz und dem „unsäglich so genannten Qualitätspakt“ hätten gezeigt, welche neuen Wege in der Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen nun gegangen würden. Kuhmichel forderte dazu auf, dem Thema Hochschulfinanzierung eine neue Chance zu geben und dabei aktuelle Initiativen, Gedanken und Erfahrungen wieder aufzugreifen. Vor allem prangerte er die chronische Unterfinanzierung, die sich verschlechternden Studienbedingungen, die zu langen Studienzeiten und die abnehmende Internationalisierung an. Diese Mängel trügen dem nordrhein-westfälischen Hochschulsystem schlechte Noten im nationalen wie im internationalen Vergleich ein. Er empfahl, das Hochschulwesen auf eine neue Grundlage zu stellen, indem man, dem Beispiel der Niederlande folgend, die Hochschulen als Stiftungen des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit aus dem staatlichen Verband völlig entließe und in Stiftungen des öffentlichen Rechts umwandle.

Dietrich Kessel (SPD) widersprach seinem Vorredner. Er stellte klar, dass der Qualitätspakt genau deshalb auf den Weg gebracht worden sei, um die Lage der Hochschulen zu verbessern. Mit dem Qualitätspakt würden diejenigen Lehr- und Forschungsschwerpunkte jeder Hochschule weiterentwickelt, die zu ihrer Profilierung beitrügen. Kessel betonte, dass keinerlei Initiativen bekannt geworden seien, die die Umwandlung einer Universität oder Hochschule in eine Stiftungshochschule des öffentlichen Rechts zum Ziel hätten. Von daher werde deutlich, „dass das Interesse, diesen Vorschlag mit Leben zu füllen, zumindest in der nordrhein-westfälischen Hochschulöffentlichkeit derzeit nicht allzu groß zu sein“ scheine. Die Leistungsfähigkeit der Hochschule hänge nicht von der Rechtsform der Hochschule ab, sondern werde im wesentlich stärkeren Maße von der Qualität der Entscheidungs- und Selbstverwaltungsstrukturen und vor allem natürlich von der Motivation ihrer Mitglieder beeinflusst.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) sagte zu, in den Durchführungsbestimmungen würden viele Anregungen der letzten Zeit aufgegriffen. Sie beklagte, dass das, was sie in

Dr. Friedrich Wilke (FDP) glaubt einen Wandel in der geistigen Einstellung zu unseren Hochschulen zu sehen. „Autonomie, Eigenverantwortung, Leistung und Wettbewerb sind offenbar keine Reizworte mehr [...]“. Der Antrag der CDU-Fraktion sei der Aufruf, Stiftungshochschulen zu versuchen, und erfahre die Zustimmung der FDP. In seinen Augen präsentiere sich die Hochschulpolitik in NRW widersprüchlich und inkonsequent. Daher kehrten viele der besten Köpfe uns den Rücken. „Für die Umkehrung dieser Ströme brauchen wir dringend und sofort die „entfesselte“ Hochschule“. Dabei bedeute Autonomie aber nicht nur allein ein wenig mehr Gestaltungsspielraum bei den zugewiesenen Mitteln, sondern auch die freie Entscheidung der Hochschulen über ihre Rechtsform.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) sagte, dass sie grundsätzlich die Anregung der CDU-Fraktion begrüße, eine Debatte über die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen zu führen. Sie beklagte jedoch, dass man nun mit der Diskussion wieder da angekommen sei, wo man bereits einmal gewesen sei, und bezeichnete die Diskussion als „Scheindebatte“. Nach derzeitiger Rechtslage sei die Einrichtung von Stiftungen für Hochschulen möglich, und bereits jetzt würden die Hochschulen von Forschungsmitteln aus der Wirtschaft und mit Stiftungsprofessuren unterstützt. Wie aber das Beispiel Witten/Herdecke zeige, trage sich eine Stiftungshochschule nicht von alleine. „Wie also wollen Sie Ihre Stiftungshochschulen finanzieren?“, fragte sie die CDU. Das Land bleibe weiterhin der Hauptgeldgeber und die privatrechtliche Hochschule damit weiterhin in der Verantwortung des Staates. Daher erscheine es ihr sinnvoller, „eine Reform voranzutreiben, die weniger staatliche Gängelung und mehr wirkliche Autonomie für alle Hochschulen des Landes“ bedeuten würde.

Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD), betonte wie ihr Parteikollege, dass der Qualitätspakt eine deutliche finanzielle Verbesserung für die Hochschulen bringe. Sie teile zwar die Auffassung der CDU-Fraktion, den Hochschulen neue Wege zu eröffnen, damit sie auch zusätzliche private Mittel einwerben können. Jedoch flössen schon heute durch die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in einem erheblichen Maß private Mittel in Forschung und Lehre. Dies bedeute aber nicht, dass man dies nicht steigern könnte, so die Ministerin. Die Landesregierung stehe zwar der Umwandlung von Hochschulen in Stiftungen grundsätzlich offen gegenüber, bringe aber aufgrund der Erfahrungen auch Skepsis an. „Schauen Sie sich doch die Realität an“, forderte sie die CDU auf. „da ist doch Skepsis angebracht.“ Die Landesregierung favorisiere keine vorschnellen Konzepte, sondern baue auf eine kontrollierte, nachhaltige und systematische Entwicklung und auf den Dialog mit den Hochschulen.

der Debatte um die Hundeverordnung an persönlichen Vorwürfen und Bedrohungen erlebt habe, alles bisher Dagewesene in den Schatten stelle.

Holger Ellerbrock (FDP) hielt Rechtssicherheit im Landesabfallgesetz und Lizenzentgelt für ein in NRW auch wirtschaftspolitisch wichtiges Thema. Schon 1996 habe es beim Oberverwaltungsgericht Bedenken gegeben, der Landesgesetzgeber verstoße mit der Lizenzpflicht gegen höherrangiges Bundesrecht. Altlastensanierung sei eine wichtige Zukunftsaufgabe, auch wegen „Standortrecycling“ und „Freiraumschutz“. Sie kosteten viel Geld. Das Verursacherprinzip müsse greifen. Aber wer sei Verursacher, wenn die Schäden weder dem Betreiber noch den Behörden bekannt gewesen seien? Die Sanierung der Umwelt müsse dann aus allgemeinen Steuermitteln bezahlt werden. Stattdessen wähle NRW ein Finanzierungssystem, das die heutigen Abfallerzeuger in die Pflicht nehme, für Umweltprobleme aus längst vergangenen Zeiten. Es gehe der FDP nicht um Schelte am Verband, sondern um ein neues rechtskonformes Finanzierungssystem. Sie wolle sichern, dass die zu Unrecht eingezogenen Lizenzgebühren erstattet würden. Den Unternehmen müsse auch der Aufwand für das Berechnen und Eintreiben erstattet werden. Mit rechtlich einwandfreier Finanzierung der Altlastenproblematik stehe auch der Ruf von NRW als Zukunftsland auf dem Spiel.

Hans Peter Lindlar (CDU) hielt die FDP-Forderung für eine Selbstverständlichkeit, nachdem das Bundesverfassungsgerichtsurteil vorliege. Er hoffe auf Vorlage einer Vereinbarung der Koalitionsfraktionen in der nächsten Ausschusssitzung. 1997/98 sei der rechtlich völlig unsichere Boden für die Altlastensanierung deutlich geworden, als die Verhandlungen zwischen Industrie und Ministerium gescheitert seien. Fünf Jahre seien vergangen, ohne voranzukommen. Auch seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts seien schon fünf Monate vergangen. Wirtschaftlich wertvolle Innenstadtfelder seien als Brachflächen unsaniert verschleudert und stattdessen wertvolle Freiflächen in Anspruch genommen worden. Warum die Ministerin sich nicht um freiwillige Kooperation bemühe, sei nicht zu verstehen. Sie hege eine abgrundtiefe Skepsis gegenüber allem, was Umweltpakt oder so ähnlich heiße. Jedes Jahr habe er die Luftbuchungen im Haushalt angemaht. Ob mit der Agenda 21 überhaupt weiterzukommen sei, bezweifle er. Vor der Finanzierung von Altlastensanierungen aus der Gemeindefinanzierung heraus warne er nachdrücklich und sage erbitterten Widerstand der Kommunen voraus.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) vermisste eigene Lösungsansätze bei den Oppositionsfraktionen und warf ihnen vor, die seit drei Jahren mögliche freiwillige Vereinbarung zu übersehen. Das Bundesverfassungsgericht habe nicht das Lizenzmodell in NRW als falsch beurteilt, sondern nur die rechtliche Grundlage. Es sei festgestellt worden, dass das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (der alten Bundesregierung) die gute Regelung auf Landesebene verhindert habe. Wegen des Lizenzentgeltes sei NRW in der deutschen, der nationalen und europäischen Fachwelt beneidet worden, weil es das Problem der Altlastensanierung marktwirtschaftlich in Angriff nehme. Die Lösung, Unternehmen mit problematischen Abfällen zu beteiligen, sei völlig unstrittig. Die alte Bundesregierung habe auf der ganzen Linie in der Abfallwirtschaft versagt. Jetzt müsse



Während die Sprecher der Oppositionsfraktionen (v. l.) Holger Ellerbrock (FDP) und Hans Peter Lindlar (CDU) der Landesregierung unrechtmäßige Einnahmen aus dem Landesabfallgesetz und Untätigkeit bei der Lösung der Finanzierungsprobleme vorwarfen, vermisste Dr. Bernhard Kasperek (SPD) eigene Lösungsansätze der Opposition. Johannes Rimmel (GRÜNE) hielt im Gegensatz zur Umweltministerin Rückzahlungen von Lizenzgebühren für angebracht.
Fotos: Schäfte

Landesabfallgesetz muss geändert werden

Höhn will Lizenzgebühren nicht zurückzahlen

Den FDP-Antrag „Rechtssicherheit im Landesabfallgesetz schaffen – Rückerstattung der unrechtmäßigen Einnahmen des Landesumweltamtes“ (Drs. 13/104) überwies der Landtag nach der Aussprache am 30. September an den Umweltausschuss mit der Maßgabe, die abschließende Beratung in öffentlicher Sitzung durchzuführen.

dringend an die Bundesgesetze heran und eine klare Aufteilung zwischen Abfallbeseitigung und Abfallverwertung geschaffen werden. Umweltgefährliche verwertbare Abfälle müssten in die Hightechanlagen und -deponien gebracht werden. Dann steige auch die Bereitschaft der Entsorgungswirtschaft, sich an freiwilliger Altlastensanierung zu beteiligen. Drittens müsse mehr Transparenz der Abfallströme erreicht werden. Erfreulich am FDP-Antrag sei die positive Bewertung des Altlasten- und Abfallverbands AAV, einem ganz wichtigen Instrument, das den Kommunen helfe. Auf den AAV wollten die Politik und auch die Wirtschaft nicht verzichten. Nicht nur das Bundes-, sondern auch das Landesgesetz müssten geändert werden. Dann werde es auch gelingen, zu einer Finanzierung des AAV und zu einem Umweltpakt zu kommen. Die Ministerin werde um zügige Verhandlungen gebeten.

Johannes Rimmel (GRÜNE) erklärte, er wolle nur noch Debatten um Fortschritte in der Sache führen. Was rechtlich vorgesehen sei, müsse auch zurückgezahlt werden. Dafür brauche es keinen Antrag. Leider könne das Modell nicht weiter verfolgt werden. Für die Finanzierung der Altlastensanierung gebe es noch keine Antwort. Über einen Instrumentenmix sei zu reden. Das Grundproblem einer freiwilligen Vereinbarung sei das Ausscheren einiger Beteiligter. Es könne nicht sein, dass Umweltkosten auf alle umgelegt und Gewinne privatisiert würden. Der AAV kümmere sich auch um umweltgerechte Produktionsverfahren und Altlastenvermeidung, wozu eine Umlagefinanzierung nötig sei.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) widersprach dem Vorwurf, nichts getan zu haben, und wies auf eine Landesbürgschaft hin, mit der der AAV seine Projekte habe abwickeln können. Gleichzeitig sei den Lizenzentgeltspflichtigen die Möglichkeit gegeben worden, die Zahlung bis zur Gerichtsent-

scheidung zurückzuhalten. Bis zum Jahr 2000 seien 184 Millionen Mark für Altlastensanierung bereitgestellt worden. Das Geld sei seit Jahren im Gemeindefinanzierungsgesetz eingestellt. Verursacher seien meistens nicht mehr festzustellen. Deshalb müsse die Gesellschaft für die Sanierung aufkommen. Die freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft sei von einem Teil der Entsorger nicht mitgetragen worden. Eine Andienungspflicht werde von vielen Wirtschaftsbereichen gewünscht, weil sie Abfallströme erkennbar mache. NRW habe diese nicht und sei deshalb ein Loch, in dem man Abfälle unterbringen könne. Gespräche darüber würden in den nächsten Tagen geführt. Die Rückgabe aller Gelder, 150 Millionen Mark, halte sie nicht für sinnvoll. Das Land sei dazu nicht verpflichtet. Zudem hätten viele Entsorger sich das Lizenzentgelt schon vom Kunden zurückgeholt.

Felix Becker (FDP) widersprach dem Letzteren, indem er auf viereinhalb Jahre verfassungswidrigen Einzugs hinwies. Die Privilegien der Abfallbeseitigung seien auch auf Altlasten bezogen worden, ein völlig anderes Gebiet. Zur Wiederherstellung des Vertrauens in einen schwer beschädigten Rechtsstaat reiche das Aussetzen der Lizenzbescheide nicht aus. Die Lizenzregelung sei ein Scherbenhaufen durch Untätigkeit. Ohne Rückzahlung werde es den Vorwurf des Abzockens geben.

Hans Peter Lindlar (CDU) vermisste das „Bündnis für Innovation, Arbeit und Umwelt“ in der neuen Regierungserklärung von Clement und die Änderung des vom SPD-Redner kritisierten Bundesgesetzes durch die neue Bundesregierung. Die Ministerin solle ihre Pflicht erfüllen. Für die CDU sei die Vereinbarung zum AAV die Nagelprobe. Lindlars Klage, die CDU komme fachlich mit nur einem wissenschaftlichen Referenten nicht gegen ministerielle Politik an, widersprachen **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) und **Ministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE).

CDU fordert Landes-Daten über Unterrichtsausfall

Koalition: Verwaltungsaufwand zu hoch

Den CDU-Antrag „Landesweite Ausfallstatistik für Unterrichtsausfall dringend erforderlich“ (Drs. 13/101) überwies der Landtag nach ausführlicher Debatte am 31. August an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung. In ihrem vierseitigen Antrag begründet die CDU ihr Begehren mit dringendem Handlungsbedarf für dauerhafte Abhilfe.

Herbert Reul (CDU) stellte fest, von Statistikern werde nahezu alles erhoben, jedoch nicht, wieviel, welcher und warum Unterricht ausfalle. Die Spannweite bei den der CDU zugänglichen Daten reiche von 6,7 bis 12 Prozent. Der Landesrechnungshof und stelle in ihrer Untersuchung nüchtern einen deutlich zu hohen Unterrichtsausfall fest. Wer sich einer objektiven Datengrundlage verweigere, sei für Misstrauen verantwortlich. Die Wahrheit marschiere, und nichts werde sie aufhalten. Die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden sei eine theoretische Größe. Die Kürzungen von Stundentafeln seien von oben geplanter Ausfall, bei flexiblen Stundentafeln könne der Ausfall gar nicht mehr ermittelt werden. In der Regierungserklärung komme er überhaupt nicht vor, sagte Reul und schloss nach dem Beispiel von 13 ausgefallenen von 27 Unterrichtsstunden in Bielefeld mit der Bitte, landesweit den Sachverhalt zu ermitteln.

Manfred Degen (SPD) antwortete, die neue Kampagne der CDU werde auf einhellige Ablehnung bei allen Eltern- und Lehrerverbänden stoßen. Die CDU müsse sich entscheiden, ob sie permanenten Wahlkampf machen oder sachlich zusammenarbeiten wolle. Einerseits fordere sie die Wiedereinführung der Stellenreserve, andererseits eine differenzierte Erhebung der Unterrichtsausfälle. Gründe dafür ließen sich nicht mit dem Gießkannenprinzip bekämpfen. Das Schulministerium habe selbst untersucht und ge-

zielte Maßnahmen ergriffen. Im Nachtragshaushalt 1999 und im Haushalt 2000 würden zusätzliche Mittel bereitgestellt. In Bildung und Wissenschaft werde weiter investiert.

Ralf Witzel (FDP) unterstützte den CDU-Antrag, der sehr sinnvoll sei und gemeinsam von Opposition und Regierung getragen werden könne. Die FDP habe Anhaltspunkte, dass die Realitäten völlig anders aussehen. Sie habe waschkorbeweise besorgte Zuschriften von Eltern und Schülern bekommen. Angesichts steigender Schülerzahlen und wachsender Anforderungen seien 8 000 Lehrereinstellungen notwendig. Mit Intransparenz bekomme die Schulpolitik keinen Kredit von Schülern und Eltern.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) hielt als Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin die Debatte für richtig und sprach sich für Vereinfachung der Schulgesetzgebung aus. Schulen und Hochschulen sollten mehr selbst entscheiden. Die geforderte genaue Statistik würde hohen Verwaltungsaufwand erzeugen. Viele Schulen hätten dafür gar kein Personal. Es gebe auch Unterrichtsausfall aus pädagogischen Gründen. Schule solle viel Spaß machen, Kinder sollten freiwillig lernen. Die Gründe für Unterrichtsausfall herauszufinden, sei sinnvoll.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) meinte, die CDU wärme immer nur scheinbar populäre Themen auf und würze die mit irre-

führenden Zahlen. Stichproben seien ein anerkanntes pragmatisches Verfahren. Schulorganisatorische Probleme seien keine Frage der Zahl von Stellen. Sie habe unverzüglich reagiert. Außerdem habe das Land mit einem Kraftakt seinen Beitrag zur Unterrichtsversorgung geleistet, gegen die Stimmen der CDU. Es gebe kein Patentrezept. Es gebe angespannte Unterrichtssituationen. Indikatoren dafür seien sich häufende Beschwerden von Eltern. Schulleitungen müssten in der Lage sein, aufzuzeigen, was an Unterricht erteilt werde. Nicht nur bei Eltern gebe es allerdings unterschiedliche Auffassungen darüber, was real Unterrichtsausfall ausmache.

Bernhard Recker (CDU) bedauerte die Ablehnung des Antrags durch die SPD. Der Antrag verlange nur, was der Landesrechnungshof einfordere. Die Schulen seien technisch in der Lage zu einer Unterrichtsausfallstatistik, ohne die nicht sachgerecht reagiert werden könne. Nach der Wahl habe der Landesrechnungshof seine nicht anzuzweifelnden Zahlen vorgelegt, die vorher jahrelang von der Regierung verschwiegen worden seien. Im Durchschnitt 10,6 Prozent Ausfall bedeuteten bei 13 Schuljahren ein einviertel Jahre. Einige Eltern könnten das durch Nachhilfe ausgleichen und gäben dafür in NRW 400 Millionen Mark pro Jahr aus. Das sei ein Skandal.

Hans Frey (SPD) hielt den CDU-Antrag für Quatsch und eine Blockade vernünftiger Arbeit. Strukturellen Unterrichtsausfall gebe es in NRW nicht. Seit 1996 seien drei Milliarden Mark in den Bildungssektor gesteckt und ein zusätzliches Unterrichtsvolumen von 4 700 Stellen geschaffen worden.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) betonte als ehemalige Gesamtschulrektorin die Notwendigkeit einer Untersuchung und Statistik des Unterrichtsausfalls und forderte die Sicherung des Kernunterrichts als Sofortprogramm.

Differenzen über Förderung Hochbegabter

Die beiden FDP-Anträge „Schulische Förderung Hochbegabter in NRW“ (Drs. 13/107) und „Schulen für Hochbegabte in privater Trägerschaft – Förderinitiative des Landes NRW“ (Drs. 13/108) überwies der Landtag nach der Debatte am 31. August an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) betonte, hoch begabte Kinder würden in anderen Strukturen denken, als man es von normal begabten Kindern kennen würde. Daher sei es notwendig, „hoch begabte Kinder und Jugendliche in gleichem Ausmaß zu fördern wie minderbegabte und lernschwache“. Sie stellte die Forderung, in jeder Stadt Grundschulen einzurichten, die diese Kinder gezielt fördern sollen, und spezielle Hochbegabtenförderzweige auf einem Gymnasium.

Brigitte Speth (SPD) sagte, es stehe unbestritten fest, dass Hochbegabte Angebote bräuchten. Jedoch glaube sie, dass hoch begabte Kinder lernen müssten, „mit weniger begabten zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten.“ Spezielle Hochbegabtenförderzweige seien daher unnötig.

Maria-Theres Ley (CDU) hielt das Verständnis dafür, dass hoch begabte Kinder von unserer Gesellschaft anders behandelt

werden müssten, für sehr unterentwickelt. „Auch das hoch begabte Kind hat ein Anrecht darauf, dass seine Fähigkeiten individuell und bestmöglich gefördert werden.“ Man bräuchte daher eine Hochbegabtenförderung nicht erst dann, wenn diese Kinder zu Leistungsverweigerern geworden seien.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) warnte davor, Kinder und Jugendliche auf eine bestimmte Art und Weise einzuteilen. Die Schule sei „gehalten, alle Kinder entsprechend ihrer Begabung und Fähigkeiten zu fördern“. Sie stehe daher der Einrichtung von Sonderschulen skeptisch gegenüber. Vielmehr bräuchte man gute Pädagoginnen und Pädagogen und eine gute Unterrichtsmethodik.

Gabriele Behler (SPD), Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung, betonte, dass die Landesregierung das Ziel verfolge, „besonders begabte Schülerinnen und Schüler möglichst innerhalb ihrer eigenen

Schule zu fördern“. Sie halte es für falsch, diese „systematisch in Sonderzweigen zu separieren“. Behler sagte, das bisherige System der Förderung der unterschiedlichen Begabungen sei bewährt, akzeptiert und funktioniere gut.

Hans-Martin Schlebusch (CDU) begrüßte „ausdrücklich die Gründung von Schulen für Hochbegabte in privater Trägerschaft“. Hoch begabte Kinder hätten ein „Recht auf Förderung ihrer besonderen Begabung“. Nicht zu fördern käme unsere Gesellschaft letztendlich teuer.

Manfred Degen (SPD) forderte auf, dass sich alle im Ausschuss noch mehr über dieses Phänomen sachkundig machen müssten. Vor allem betonte er, dass man bei der Frage über einen gesonderten Bildungsgang „das Kind auch als Subjekt im Auge haben (müsse) und nicht nur als Objekt“.

Ralf Witzel (FDP) verwies darauf, dass hoch begabte Kinder oft unter Problematik der Ausgrenzung leiden würden und viele Lehrer in ihrer Ausbildung nicht angehalten seien, Hochbegabungen zu erkennen und zu fördern. „Wir brauchen einen Mentalitätswechsel in unserer Gesellschaft auch im Umgang mit Hochbegabung.“

FCL hatte dem Angriffswirbel der Polizisten nicht mehr viel entgegenzusetzen

Die attraktive Sportanlage der Sportschule Hennef, ein angenehmes Klima mit spätsommerlichem Sonnenschein, sympathische Polizisten vom Polizeisportverein Siegburg – wobei der FC Landtag Letzteres allerdings erst in der dritten Halbzeit bei erfrischenden Getränken, „Worscht“ und Weck feststellen konnte – die Voraussetzungen für ein begeisterndes Fußballspiel waren bestens.

Während des Matches allerdings erwiesen sich die Polizisten für den FCL als äußerst unangenehme Zeitgenossen: lafstark, beweglich, eingespielt, technisch beschlagen, bis auf die Anfangsphase auch in der Abwehr gut gestaffelt, physisch stark. Der FC Landtag, mit dem magischen Fünfeck Thomas Mahlberg, Hans Peter Lindlar, Johannes Remmel, Ehrenspielführer Rainer Maedge und Spielführer-Präsident Günter Langen angetreten, hatte trotz des in der Politik immer wieder geforderten langen Atems unübersehbare konditionelle Mängel. Die von Spielertrainer Wolfgang Euteneuer dirigierte Parlamentsmannschaft erprobte modernes Defensivverhalten in einer flexiblen Dreierkette, geriet aber sehr bald unter starken Druck und konnte nur vereinzelt von Abwehr auf Angriff umschalten. Zur Pause sah es mit einem Rückstand von 0 : 1 noch verträglich aus, was auch dem neuen FCL-Keeper Christoph zu verdanken war, der mit katzengleichen Paraden Aufsehen (Fortsetzung auf Seite 15)



Die Kinderlandverschickung 1940 bis 1945 zeigt eine Ausstellung in der Eingangshalle des Landtags, die Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) im Beisein von Landtagsvizepräsident Jan Söffing (l.) am 6. September eröffnete. Die Einführung in Ausstellung und Multimedia-Dokumentation erfolgte durch Dr. Martin Rütter (r.) vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. In seiner Ansprache wies der Landtagspräsident darauf hin, dass am Beispiel des Kölner Raums die Geschichte der Kinderlandverschickung in Text, Bild und Ton lebendig werde. Dafür seien 4 200 Bilddokumente und 5 200 Textdokumente gesichtet, 250 Zeitzeugen interviewt sowie eine Reihe historischer Film- und Tondokumente eingearbeitet worden. „Die sehr persönlichen Dokumente – Fotos, Tagebücher, Briefe – der damals meist zehn- bis vierzehnjährigen Kinder vermitteln einen sehr dichten, authentischen Zugang zu dem Thema“, sagte Schmidt. Ergänzt werde dies durch die Aussagen der Zeitzeugen, die sich im Abstand von mehr als 55 Jahren über ihre damaligen Erfahrungen äußerten. Dabei seien tiefe emotionale Erinnerungen ausgelöst worden. Der Präsident wies ferner darauf hin, dass die Multimedia-Dokumentation neue Wege in der Vermittlung historisch-politischer Inhalte einschläge. Auch erfüllten die heutigen Kinder und Jugendlichen aus den Mündern ihrer Großeltern, wie diese Kinderlandverschickung, Krieg und das Ende der Nazi-Diktatur erlebt hätten. Geschichte werde dadurch greifbarer. Foto: Schälte



Türkische Unternehmer und Politiker aus Schlesien im Landtag

Türkische Unternehmerinnen und Unternehmer haben in Begleitung des Direktors des Zentrums für Türkeistudien in Essen, Professor Dr. Faruk Sen (im linken Bild 3.v.r.), den Landtag besucht und sind von Landtagsvizepräsident Laurenz Meyer (M.) empfangen worden. Der Besuch im Parlament fand aus Anlass einer Wirtschaftstagung im Zentrum für Türkeistudien statt, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt wurde. In Deutschland gibt es heute bereits 55 000 türkische Selbstständige. Sie sind auf Grund ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung und ihrer interkulturellen Kompetenz nicht nur eine Bereicherung für den Binnenmarkt, sondern bilden auch eine Brücke für die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen. Hieraus erwachsen neue Chancen für Unternehmenskooperationen im bilateralen Handel. — Bei einem weiteren Besuchstermin hat Landtagsvizepräsident Laurenz Meyer (im rechten Bild r.) eine Delegation der Woiwodschaft Schlesien unter Leitung des Marschalls der Woiwodschaft, Jan Olbrycht (6.v.l. im Hintergrund), im Landtag empfangen. Nach der polnischen Gebietsreform von 1998 mit der Verringerung von 49 auf nunmehr 16 Woiwodschaften zählt die Woiwodschaft Schlesien heute fünf Millionen Einwohner und entspricht in etwa einem deutschen Bundesland. Laurenz Meyer wies darauf hin, dass die Integration Polens und anderer Reformstaaten Mittel- und Osteuropas in ein demokratisches Europa in Sichtweite gerückt sei. Die Erweiterung der EU liege auch im deutschen Interesse. Die Realisierung der EU-Erweiterung bedürfe allerdings auch einer föderalen Zusammenarbeit. In der Tat wolle sich die schlesische Delegation in Düsseldorf über Struktur und Aufbau eines Bundeslandes informieren. Schlesien hat heute das höchste Wirtschaftswachstum in Polen, muss dabei aber ähnlich wie NRW einen enormen Strukturwandel meistern, wobei wie hierzulande Kohle und Stahl die dominierende Rolle verloren haben.

Fotos: Schälte

SPD-Fraktion

Chancen für das deutsche Auslandsfernsehen nutzen

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt das von der Bundesregierung vorgelegte Konzept zur Neugestaltung des deutschen Auslandsfernsehens. „Dieses Konzept beinhaltet eine zielgruppengerechtere Schärfung des Programmprofils und der Programmangebote“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Marc Jan Eumann. Die fortschreitende technische Entwicklung der elektronischen Medien solle dazu genutzt werden, gezielt individuellen Informationswünschen zu entsprechen und die Funktion

der Deutschen Welle als interaktives Medium zu stärken. Nach wie vor bleibe es wichtige Aufgabe des Hörfunks der Deutschen Welle als Präventions- und Krisenradio, politische Positionen zu aktuellen Problemen und krisenhaften Entwicklungen in der Welt zu vermitteln, bei denen elektronische Medien aufgrund ihrer grenzüberschreitenden Wirkungen Informationsdefizite ausgleichen könnten.

In einem Antrag der SPD-Fraktion wird u. a. festgestellt: „In den langjährigen und kontroversen Diskussionen verspricht das von der Bundesregierung vorgestellte Konzept zur Deutschen Welle erstmals die Möglichkeit einer fairen, arbeitsteiligen und den Länderinteressen gerecht werdenden Zusammenarbeit. Die jetzt bestehenden Chancen, zu einer von Bund und Ländern gemeinsam

getragenen Neuordnung des Deutschen Auslandsfernsehens zu kommen, müssen rasch genutzt werden. Dabei gilt es, zunächst eine Verständigung über zielgruppengerechte Programmprofile und -angebote zu erreichen und alle Möglichkeiten einer intensiven und zu Synergieeffekten führenden Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Länder zu prüfen.

Finanzierungsfragen sollten erst auf der Grundlage valider Prognosen erörtert werden. Hierzu bedarf es aber zunächst einer Verständigung über die künftige Programmstruktur der Deutschen Welle, über die Grundlinien der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und über die Organisationsstruktur eines neuen deutschen Auslandsfernsehens.

CDU-Fraktion

Identität des Deutschen Auslandsrundfunks sichern

„Die CDU-Landtagsfraktion sieht mit großer Sorge die Diskussion zur Neugestaltung des deutschen Auslandsfernsehens. Durch das Konzept der Bundesregierung droht die Deutsche Welle zu einem offenen oder getarnten Staatsfunk zu werden. Denn durch „Vorgaben für Programme und Zielregionen“ wird massiv in die Rundfunkfreiheit eingegriffen und die Entscheidungsfreiheit von Intendant, Rundfunkrat und Verwaltungsrat unterlaufen. Aus Sicht der CDU ist das getarnte

Staatsfunk“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Lothar Hegemann. Gleichzeitig solle der Medienstandort NRW weiter durch empfindliche Kürzungen für die Deutsche Welle geschwächt werden.

Die CDU-Landtagsfraktion werde nicht hinnehmen, dass auf der Basis des Entwurfs aus dem Bundeskanzleramt eine Verständigung mit den Ländern erfolgen solle. Die CDU-Landtagsfraktion begrüße ausdrücklich, dass ARD und ZDF eng mit der Deutschen Welle zusammenarbeiten sollten. ARD und ZDF könnten aber nicht mit einer staatlich gelenkten Anstalt zusammenarbeiten.

Die CDU-Landtagsfraktion fordere daher:

- die „Überlegungen zur Neugestaltung des Deutschen Auslandsrundfunks“ der rot-grünen Bundesregierung in wesentlichen Punk-

ten zurückzuziehen und neu auszugestalten;

- die beabsichtigten Mittelkürzungen rückgängig zu machen und damit die Arbeitsplätze bei der Deutschen Welle, insbesondere in der Region Mittelrhein zu sichern;
- die Verletzung der Rundfunkfreiheit und den Missbrauch der Rechtsaufsicht durch den Staatsminister für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Dr. Michael Naumann, gegenüber der Deutschen Welle umgehend zu beenden;

- nachhaltig auf eine verstärkte Kooperation beim Auslandsfernsehen zwischen ARD, ZDF und Deutscher Welle zu setzen;

- die Entwicklung eines schlüssigen, zukunftsfähigen, inhaltlichen Konzeptes für die Deutsche Welle, das die Staatsferne und den öffentlich-rechtlichen Status des Auslandsenders sicherstellt.

FDP-Fraktion

Klausurtagung zur Strategie

Zu ihrer ersten Klausurtagung in der neuen Legislaturperiode ist die FDP-Landtagsfraktion am 1. und 2. September 2000 in Mettmann zusammen. Dort hat sich die junge Landtagsfraktion mit der künftigen Strategie ihrer Arbeit im Parlament befasst. Darüber hinaus hatten die FDP-Parlamentarier ausreichend Gelegenheit, sich intensiv mit der rot-grünen Regierungserklärung von Ministerpräsident Wolfgang Clement auseinander zu setzen und Erwidierungen

hierauf zu erarbeiten. Auf der Agenda stand außerdem die Bildung von sechs Arbeitskreisen, in denen die 24 Abgeordneten künftig ihre Arbeit vorstrukturieren werden. Der Tagungsort Mettmann hat hinsichtlich des „Projekts 18“ von FDP-Fraktionsvorsitzendem Jürgen W. Möllemann besondere symbolische Bedeutung: Hier konnte Jan Söffing, Landtagsvizepräsident und Abgeordneter der FDP, bei der Landtagswahl schon über 16 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. „Ein gutes Omen“, wie FDP-Fraktionschef Jürgen W. Möllemann zu Beginn der Klausurtagung meinte.

FDP meldet sich mit Flurfest zurück

Gute Traditionen dürfen nicht aussterben. Deshalb hat sich die FDP-Fraktion nach ihrem Wiedereinzug in den Landtag mit 9,8

Prozent der Wählerstimmen mit ihrem schon fast legendären und allseits beliebten Flurfest auf dem Parkett des NRW-Parlaments zurückgemeldet. Alle Landtagsabgeordneten, ihre Mitarbeiter, die der Fraktionen und der Landtagsverwaltung sowie die Medienvertreter waren eingeladen, auf dem Flur vor dem Fraktionssaal der FDP bei Bier, Wein und einem kleinen Imbiss über Vergangenes, Zukünftiges und noch nie Dagewesenes zu plaudern. Stimmung und Resonanz übertrafen bei weitem die Erwartungen der Organisatoren um die Parlamentarische Geschäftsführerin Marianne Thomann-Stahl: „Ein Klasse Auftakt! Wir werden das sicher wiederholen.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Humanitäre Grundsätze in Flüchtlingspolitik beachten

Auf Initiative der bündnisgrünen Landtagsfraktion hat sich der Landtag am 7. 9. 2000 mit der Situation der noch hier lebenden Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien, Herzegowina und Kosovo beschäftigt und den rot-grünen Antrag „Humanitäre Grundsätze in der Flüchtlingspolitik beachten“ einstimmig beschlossen. Fast alle Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina sind inzwi-

schen zurückgekehrt. Alle Flüchtlinge aus dem Kosovo müssen bis Ende des Jahres das Land verlassen. Diejenigen, die jetzt noch hier sind, haben oftmals Furchtbares erlebt. Es sind z. B. traumatisierte Menschen, Lagerinsassen, Kriegswitwen, aber auch Flüchtlinge, die als Kinder gekommen sind und mittlerweile als Erwachsene voll in unsere Gesellschaft integriert sind, und Angehörige ethnischer Minderheiten, die in ihrer ehemaligen Heimat von Verfolgung bedroht sind.

Wir wollen für diese Menschen nach Einzelfallprüfung ein dauerhaftes Bleiberecht schaffen. Wir wollen, dass die Ausländerbehörden vor Ort sensibel jedes

einzelne Schicksal sorgfältig abwägen und fordern den Innenminister auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Unser Ziel ist es, dass humanitäre Einzelfalllösungen gefunden und dauerhafte Aufenthaltsrechte ausgesprochen werden. Humanitärer und menschlicher Umgang mit Flüchtlingen ist auch ein Signal gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus!

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßt die Zusage von Innenminister Behrens, den Beschluss des Landtags allen Ausländerämtern in NRW zukommen zu lassen und sich in der Innenministerkonferenz im Sinne der Landtagsinitiative einzusetzen.

Zustimmung zu Staatsvertrag

Der Landtag hat auf Antrag der Landesregierung in zweiter Lesung dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung zugestimmt.

Angriffswirbel ...

(Fortsetzung von Seite 13)

erregte. Mit dem verletzungsbedingten Ausscheiden von Lokalmatador Hans Peter Lindlar, der nach zwanzigjährigem Pausieren ein bemerkenswertes Debüt gab, aber war dann ein Grundstein aus dem Abwehrbollwerk des FCL entfernt: Von Minute zu Minute wurde es löchriger. Das Unheil nahm unmittelbar nach Wiederanpfiff seinen Lauf. Mit dem schnellen 0:2 gingen Moral und Motivation flöten. Nur das Meckern haute noch einigermaßen hin. Nun hatte der FCL dem Angriffswirbel des Polzeisportvereins nicht mehr viel entgegenzusetzen. Sehr schnell stand es 0:5, und hätten die Sieger nicht reihenweise hochkarätige Chancen gnädigerweise vergeigt, die nordrhein-westfälische Volkserrettung wäre bitterböse unter die Räder gekommen. Nur selten hingegen brachte der FCL das Tor der Ordnungshüter in Gefahr. Die Gefahr schien auch schon gebannt bei einem der wenigen parlamentarischen Entlastungsanträge in der 73. Minute. Thorsten Jüngling zog, nachdem er vergeblich Ausschau nach Anspielmöglichkeiten gehalten hatte, aus 17 Metern einfach ab, und durch Freund und Feind bahnte sich die Kugel ihren flachen Weg in die lange Ecke. Wenigstens der Ehrentreffer. Ein schöner Tag, ein gutes Spiel, hauptsächlich von den Polizisten, und eine deftige Niederlage für den FCL. Das nächste Spiel gegen den FC Landtag Sachsen in Leipzig muss einen anderen FC Landtag NRW sehen. Die Spieler jedenfalls entschuldigten sich bei ihren Fans für die schwache Leistung und gelobten Besserung.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags: 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin). Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801=, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zirnkan, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische
Geschäftsführerin; Johannes Remmel
MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael
Block (FDP), Pressesprecher; Rudo Schumacher
(GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag,
Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Gleichsam von oben mit dem Fallschirm, wie es seine Art ist, landete Jürgen W. Möllemann im Landtag. Mag für viele seiner neuen Parlamentarier-Kollegen das Landtagsmandat die Krönung einer Laufbahn sein, die unten, in den Kommunen und Ortsvereinen der Parteien, begann – für Jürgen Möllemann ist es ein Sprung aus den Höhen der Bundes- in die Niederungen der Landespolitik.

Die typische Ochsentour hat Möllemann nie absolviert. Kaum war er 1970 der FDP beigetreten (nachdem er zuvor sieben Jahre der CDU angehört hatte), zog er schon zwei Jahre später 27-jährig über die NRW-Landesliste in den Bundestag ein und wurde sogleich bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, drei Jahre später sicherheitspolitischer Sprecher. 28 Jahre lang gehörte Möllemann dem Bundestag an, erst kürzlich legte er das Mandat nieder, um sein Landtagsmandat wahrzunehmen.

Der Sohn eines Polstermeisters brachte es zum Staatsminister im Auswärtigen Amt (von 1982 bis 1987), zum Bundesbildungsminister (von 1987 bis 1990), schließlich zum Bundeswirtschaftsminister und sogar Vize-Bundeskanzler (von 1991 bis 1993) – eine Karriere, die ein kleiner Einkaufswagen-Chip beendete, das Produkt eines angeheirateten Vettors, für das Möllemann auf amtlichen Minister-Briefbögen bei deutschen Handelsketten warb.

Wenig später, im Oktober 1994, verlor Möllemann auch den Vorsitz der NRW-Liberalen, den er seit 1983 innegehabt hatte. Der Landesvorstand trat geschlossen zurück und zwang ihn so zur Amtsaufgabe. Damit büßte er auch seinen Sitz im FDP-Bundesvorstand ein. Viele Parteifreunde verübten Möllemann seine Attacken auf den damaligen FDP-Chef Klaus Kinkel.

Ein anderer hätte sich von diesem Karriereknick womöglich nicht mehr erholt. Doch Möllemann gelang der Wiederaufstieg. Im Januar 1995 wurde er gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Wenig später in der Abstimmung um den Bundesvorsitz der Partei als Nachfolger Kinkels unterlag er zwar dem hessischen FDP-Chef Wolfgang Gerhardt, war aber im April 1996 erfolgreich, als er sich erneut um den Vorsitz des NRW-Landesverbandes bewarb und sich gegen den Vorsitzenden Joachim Schultz-Tornau sowie dessen Stellvertreter Hagen Tschoeltsch durchsetzte.

Mit beachtlichen 9,8 Prozent der Stimmen führte er als Spitzenkandidat die FDP, die 1995 an der Fünfpfenzürde gescheitert war, nun wieder in den Düsseldorfer Landtag zurück und machte sie zur drittstärksten Fraktion. Sein weiteres Wahlziel, Juniorpartner in einer neuen sozialliberalen Koalition zu werden, hat er indes (noch?) nicht erreicht. Möllemann räumt unumwunden ein, er habe gehofft, als Minister über den Bundesrat auch weiterhin Bundespolitik machen zu können.

Statt dessen ist er nun Vorsitzender der neuen FDP-Fraktion – mit 24 Abgeordneten die größte, die je im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten war, wie er be-



Jürgen W. Möllemann (FDP)

tont, und die jüngste im Vergleich zu den anderen Fraktionen. Eine „sehr kreative, fröhliche Truppe“ sei das, die „ein belebendes Element“ im Parlament sein werde. Seine eigene Rolle sieht er als Oppositionsführer, der gezielt die „Bruchstellen“ der rot-grünen Regierungskoalition ins Visier nimmt, vor allem bei den Themen Wirtschaft, Bildung und Verkehr.

Dass er jedoch weitergehende Ziele verfolgt, wird deutlich, wenn er berichtet, dass das gute Landtagswahlergebnis nun die Basis für das „Projekt 18“ werden soll – 18 Prozent der Stimmen müsse die FDP bei der nächsten Bundestagswahl anstreben, und die werde sie auch erreichen. Eigene bundespolitische Ambitionen, etwa auf den Parteivorsitz, bestreitet er dabei jedoch.

Verwundern würde es nicht. Das sonst eher zurückhaltende Prominentenarchiv Munzinger nennt Möllemann einen „ambitionierten Politiker“, der „mit publicity-trächtigen Erklärungen immer wieder für Aufsehen“ Sorge. Im Unterschied zu früher, als er mit seinen „unorthodoxen Gedanken“ (Munzinger-Archiv) oft auch aneckte, trifft Möllemanns Stil nun offenbar den Zeitgeist, wie sein Wahlkampf gezeigt hat. So hatte er die Lacher auf seiner Seite, als er von seinem Plan berichtete, er habe mit dem Fallschirm vor dem „Big-Brother“-Container landen und dort ein Plakat mit der Aufschrift „Deutschland braucht mehr Bildung“ anbringen wollen.

Sein Privatleben spart er bei aller Publicity jedoch sorgsam aus. So wissen nur wenige, dass seine Frau im gemeinsamen Wohnort Münster, wo Möllemann einst für das Lehramt studierte und seither wohnt, FDP-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat ist. Mit ihr habe er die Verabredung getroffen, sagt er, sie mische sich nicht in die Landes- und Bundespolitik ein und er dafür nicht in die Kommunalpolitik. Wie das weiterhin funktionieren wird, bleibt abzuwarten – betrifft die Landespolitik doch in erster Linie kommunale Angelegenheiten.

Roland Kirbach

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 15. bis 26. September 2000

- 15.9. **Dr. Stefan Heinrich Berger** (CDU), 31 J.
 16.9. **Britta Altenkamp-Nowicki** (SPD), 36 J.
 17.9. **Jutta Appelt** (CDU), 61 J.
 17.9. **Anke Brunn** (SPD), 58 J.
 21.9. **Dieter Hilser** (SPD), 47 J.
 24.9. **Heinz Hardt** (CDU), 64 J.
 25.9. **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** (CDU), 59 J.
 26.9. **Winfried Schittges** (CDU), 54 J.

★

Gisela Walsken (SPD), Landtagsabgeordnete, ist aus dem Kreis der Mitglieder des Präsidiums als persönliche Vertreterin für Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** nach den Richtlinien für die Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Landtags benannt worden. Nach diesen Verfahrensrichtlinien ist dem Präsidenten des Landtages vor dem Vollzug von Maßnahmen nach den Paragraphen 94 bis 100 und 102 f. der Strafprozessordnung, bei denen es um Durchsuchungen und Beschlagnahmungen geht, Mitteilung zu machen, um sicherzustellen, dass die vom Präsidenten im Einvernehmen mit den Vizepräsidenten gegebenenfalls erteilten Auflagen auch befolgt werden. Für den Fall der Verhinderung sollen an die Stelle des Präsidenten und der Vizepräsidenten persönliche Vertreter treten. Für den Präsidenten ist das Frau Walsken. Für den Landtagsvizepräsidenten **Laurenz Meyer** wurde aus dem Präsidium als Vertreter der CDU-Landtagsabgeordnete **Heinrich Kruse**, für den Landtagsvizepräsidenten **Jan Söffing** die FDP-Landtagsabgeordnete **Dr. Ute Dreckmann** sowie für die Landtagsvizepräsidentin **Edith Müller** die GRÜNE-Landtagsabgeordnete **Brigitte Herrmann** benannt. Der Landtag hatte am 2. Juni 2000 die Richtlinien für die Aufhebung der Immunität von Mitgliedern des Landesparlamentes beschlossen.

★

Claudia Nell-Paul (SPD), Landtagsabgeordnete, ist auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Mitglied des Landtags in das Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ berufen worden. Für die CDU zieht der Landtagsabgeordnete **Richard Blömer**, für die FDP die Landtagsabgeordnete **Brigitte Capune-Kitka** und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Landtagsabgeordnete **Oliver Keymis** in das Kuratorium ein. Stellvertretende Mitglieder sind die Landtagsabgeordneten **Ernst-Martin Walsken** (SPD), **Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU), **Dr. Ute Dreckmann** (FDP) und **Brigitte Herrmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Grundlage des einstimmig gefassten Beschlusses ist die Stiftungssatzung des Kuratoriums der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“. Sie war am 13. Mai 1991 geändert worden. Danach entsendet jede der im Landtag vertretenen Fraktionen ein Mitglied in das Kuratorium. Die Mitglieder werden durch den Landtag für die Dauer einer Legislaturperiode bestellt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Interview im Landtag, ein gewohntes Bild im Landesparlament. Beinahe täglich finden sich Fernsehteams der verschiedensten Sender ein, um Aussagen von Politikerinnen und Politikern in Bild und Ton festzuhalten. Dabei müssen nicht immer der Regierungschef, Minister oder Fraktionsspitzen im Mittelpunkt stehen. Zu Sachthemen sind sachkundige Parlamentarier gefragt. Der weiträumige Eingangsbereich und die darüber liegende Wandelhalle mit ihren guten Lichtverhältnissen bieten sich für Aufnahmen geradezu an. Auf dem Bild oben, einmal aus ungewöhnlicher Perspektive festgehalten, steht übrigens Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) Rede und Antwort. Im unteren Bild zieht gerade ein TV-Team nach getaner Arbeit ab. Auch die Treppe, die zur Wandelhalle führt, eignet sich wegen des räumlichen Ambientes für Interviews, besonders aber für ein schnelles Gespräch unter Kollegen oder mit Besuchern.

Fotos: Schälte



Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden zur nächsten Landtagsandacht im Lan-

desparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 28. September, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 03 des Landtagsgebäudes statt. Am Tag vorher, 27. September, ist von 16 bis 18 Uhr Stammtisch mit den Repräsentanten der Kirchen im Restaurant des Landtags.